

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXVII. Jahrgang, Nr. 12

Dezember 1954

Inhalt

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1954/55

Hochkonjunktur auf breiter Front — Starke Auftriebskräfte auf dem Binnenmarkt — Versiegen der Zahlungsbilanzüberschüsse — Abnehmende Flüssigkeit des Geldmarktes — Ausblick auf 1955

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr — Außenhandel

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Österreichs Wirtschaft an der Jahreswende 1954/55

Hochkonjunktur auf breiter Front — Starke Auftriebskräfte auf dem Binnenmarkt — Versiegen der Zahlungsbilanzüberschüsse — Abnehmende Flüssigkeit des Geldmarktes — Ausblick auf 1955

Die österreichische Wirtschaft steht an der Jahreswende 1954/55 inmitten eines steilen Konjunkturaufschwungs. Die Industrieproduktion war im II. und III. Quartal 1954 um 16% und 18% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ihr Wachstum hat sich — nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes des Institutes — auch im IV. Quartal 1954 nur wenig verlangsamt. Vor allem die Grundstoffindustrien und die Investitionsgüterindustrien laufen — soweit es die Witterung zuläßt — auf vollen Touren. Die Bauwirtschaft war noch mit Aufträgen aus den Sommermonaten eingedeckt und schränkte ihre Beschäftigung gegen Jahresende weniger ein als in den Vorjahren. Die Umsätze im Einzelhandel haben sich seit Herbstbeginn mehr als saisonmäßig belebt, das Weihnachtsgeschäft war ausgezeichnet. Das wachsende Gütervolumen stimulierte vor allem in den Herbstmonaten die Nachfrage nach Transportraum. Sie konnte nicht immer voll befriedigt werden. Wiewohl die Forstwirtschaft ihre Schlägerungen trotz der starken Holzpreishauses nur geringfügig über den Vorjahresstand steigerte und die Landwirtschaft aus naturbedingten Gründen nicht mit der Industrie Schritt halten konnte, lag das reale *Bruttonationalprodukt* im II. und III. Quartal 1954 um 10% und 12% höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Der anhaltende Konjunkturaufschwung spiegelt sich deutlich auf dem *Arbeitsmarkt*. Wiewohl die Pro-

duktivität laufend steigt und die Produktionsspitzen vielfach durch Überstunden bewältigt werden, war der saisonbedingte Rückgang auf dem Arbeitsmarkt bis Jahresende viel schwächer als in früheren Jahren. Von Ende Oktober, dem saisonbedingten Höhepunkt der Beschäftigung, bis Jahresende wurden 78.100 Arbeitskräfte entlassen, um ein Drittel weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Ende 1954 waren noch fast 2 Mill. unselbständige Arbeitskräfte beschäftigt, um 119.400 mehr als Ende 1953. (Während der Korea-krise im Jahre 1951 hatte die Zahl der Beschäftigten nur um 44.000 zugenommen.) Dank der lebhaften Nachfrage der Wirtschaft nach Arbeitskräften hielt sich die Winterarbeitslosigkeit bisher in verhältnismäßig engen Grenzen. Trotz dem Zustrom neuer Arbeitskräfte stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden im IV. Quartal 1954 nur um 85.800 gegen 114.800 im Vorjahr. Sie war zu Jahresende mit 177.500 um 66.500 niedriger als zu Jahresbeginn. Vor allem Bauarbeiter, Metallarbeiter und Bekleidungsarbeiter waren in weit geringerer Zahl arbeitslos als vor einem Jahr.

Im Gegensatz zur Korea-krise hatte der Konjunkturaufschwung bisher vorwiegend den Charakter einer Mengenkonzunktur. Die *Preis*auftriebstendenzen waren nicht zuletzt dank der Liberalisierung und der forcierten Einfuhr von Waren, die im Inland knapp zu werden drohten, verhältnismäßig gering. Die Fer-

tigwarenpreise blieben auch vor Weihnachten trotz lebhafter Nachfrage bemerkenswert stabil. Stärkere Verteuerungen zeichneten sich in jüngster Zeit nur bei Rohstoffen ab. Die Hausse auf dem Holzmarkt hält unvermindert an, auch einzelne Metalle, Kautschuk, Leder und Heizöl wurden teurer. Im ganzen waren die Großhandelspreise Ende 1954 um 8% und die Lebenshaltungskosten um 3% höher als Ende 1953. Sie erreichten damit wieder annähernd den Stand, auf den sie Ende 1951 stabilisiert wurden. Aber auch ein relativ so schwacher Preisauftrieb hat unerwünschte Konsequenzen: er unterstützt Lohnforderungen, schwächt die internationale Konkurrenzfähigkeit, verstärkt die optimistischen Erwartungen der Unternehmer, senkt den Realzins und verschiebt damit die Angebots- und Nachfragebedingungen auf dem Geld- und Kapitalmarkt. Die Verzinsung der Spareinlagen reichte im Jahre 1954 gerade aus, die Schmälerung der Kaufkraft der Ersparnisse wettzumachen.

Starke Auftriebskräfte auf dem Binnenmarkt

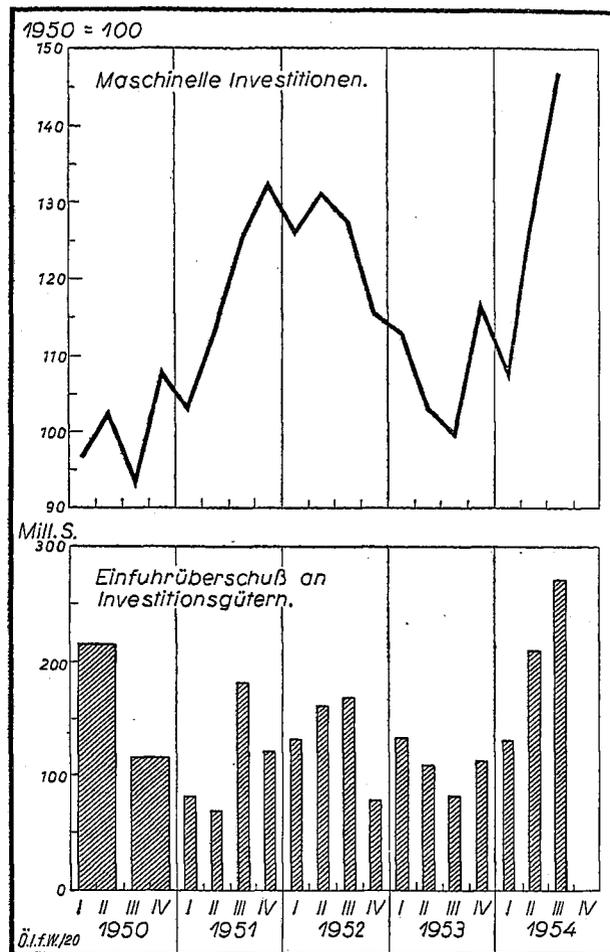
Der Konjunkturaufschwung hat sich im Laufe des Jahres 1954 von seinen ursprünglichen, vom Export und von der Zahlungsbilanz ausgehenden Impulsen losgelöst und wird gegenwärtig fast ausschließlich von einer bemerkenswert lebhaften Nachfrage auf dem Binnenmarkt getragen.

Vor allem auf den *Investitionsgütermärkten* herrscht Hochkonjunktur. Im III. Quartal 1954, im Höhepunkt der Bausaison, produzierte die Industrie um 31% mehr Baustoffe und das Baugewerbe beschäftigte um 11% mehr Arbeitskräfte als im Vorjahr. Trotzdem verblieb aus den Sommermonaten noch ein beträchtlicher Auftragsüberhang. Da das Wetter verhältnismäßig lange mild blieb und für das Bauen im Winter vorgesorgt worden war, ging das Bauvolumen auch im IV. Quartal 1954 nur verhältnismäßig wenig zurück. Es war nach vorsichtigen Schätzungen um etwa 25% höher als im IV. Quartal 1953.

Noch kräftiger als die baulichen Investitionen haben sich die maschinellen Investitionen belebt: im III. Quartal 1954 investierte die österreichische Wirtschaft um 46% mehr Maschinen, Fahrzeuge und Elektrogeräte als im Vorjahr. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes hat die Investitionsneigung bis Jahresende weiter zugenommen. Bei den heimischen Investitionsgüterindustrien gingen weit mehr Bestellungen ein, als ausgeführt werden konnten. Von September bis Dezember stiegen die Aufträge in den Gieße-

Maschinelle Bruttoinvestitionen

(Index der maschinellen Bruttoinvestitionen 1950 = 100; Einfuhrüberschuß an Investitionsgütern in Mill. S.)



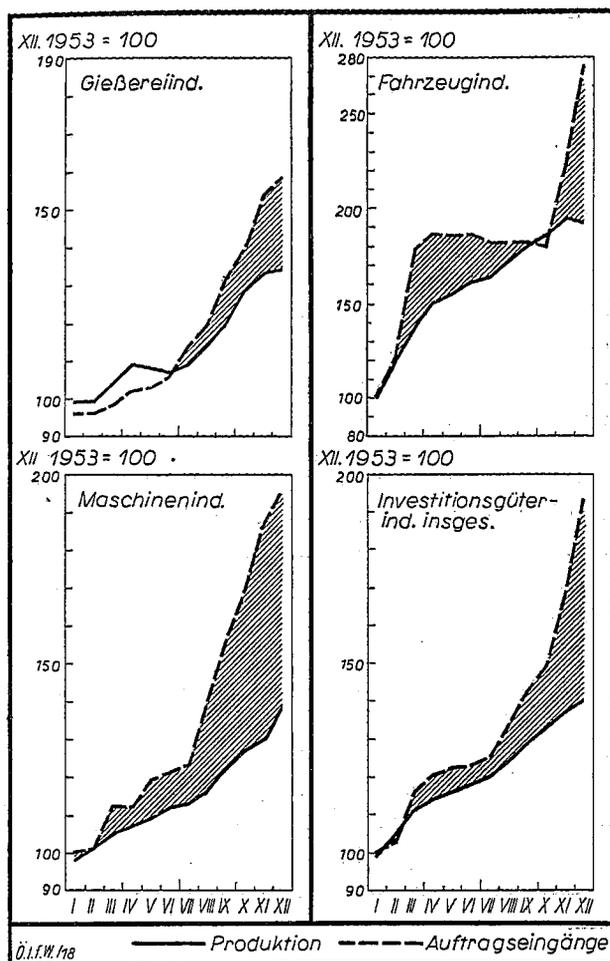
Der als Reaktion auf die Korea-hausse und die Stabilisierungspolitik Mitte 1952 einsetzende Rückgang der maschinellen Investitionen hörte im III. Quartal 1953 auf. Seither begann ein neuer Aufschwung, der sich gegen Ende 1954 zu einem Investitions-Boom steigerte.

reien um 9%, in der Maschinenindustrie um 13% und in der Fahrzeugindustrie um 41% stärker, als die Produktion ausgeweitet wurde.

Der ungewöhnlich kräftige Investitions-Boom erklärt sich aus dem Zusammentreffen hoher öffentlicher Aufträge mit einer sprunghaften Belegung der privaten Investitionen. Die reichlich dotierten Investitionsbudgets des Bundes und der Gebietskörperschaften sowie der forcierte soziale Wohnungsbau haben entscheidend die Baukonjunktur belebt und von dort aus auch auf andere Wirtschaftszweige ausgestrahlt. Diese zunächst durch öffentliche Mittel stimulierte Investitionsgüterkonjunktur wurde ab Frühjahr 1954 durch eine lebhaftere Investitionstätigkeit der erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen verstärkt. Sie haben mit der üblichen zeitlichen Verzögerung auf die Konjunkturbelegung reagiert, die

Produktion und Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien

(Nach den Ergebnissen des Konjunkturtests;
Dezember 1953 = 100)



Die Aufträge an die Investitionsgüterindustrien eilten gegen Ende 1954 der Produktion weit voraus. Im Dezember waren sie fast doppelt so hoch wie im Vorjahr, die Produktion lag aber nur um 40% höher.

bereits im Jahre 1953 begonnen hat. Die Welle der privaten marktorientierten Investitionen schwoll im Laufe des Jahres 1954 lawinenartig an, als sich Ertragslage und Gewinnerwartungen in den meisten Branchen besserten, da und dort Engpässe sichtbar wurden und ein zunehmender Konjunkturoptimismus um sich griff. Selbst die Landwirtschaft wurde vom Investitions-Boom erfaßt, wiewohl sie heuer nur eine mittelgute Ernte erzielte und ihre Einkommen vermutlich nicht im gleichen Maße gestiegen sind wie die der gewerblichen Wirtschaft. Entgegen den Saison-erwartungen stieg die Zahl der neu zugelassenen Traktoren von 2.323 Stück im II. Quartal auf 2.383 und 2.506 Stück im III. und IV. Quartal 1954. Sie war um 51% und 73% höher als im III. und IV. Quartal 1953.

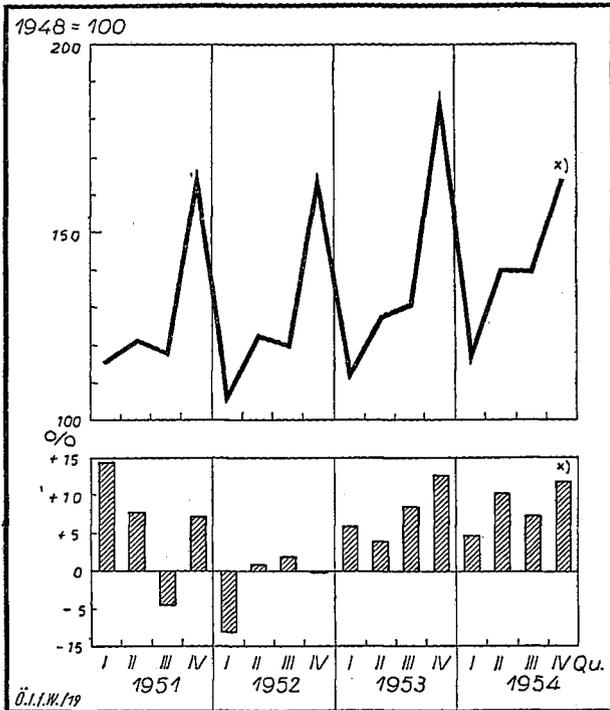
Mit den Investitionen, aber weit schwächer, nahm der *private Verbrauch* zu. Die Verflachung der Verbrauchskurve, die sich im III. Quartal 1954 anzubahnen schien — die Mengenumsätze im Einzelhandel lagen nur um 7,4% über dem Vorjahresstand gegen 10,2% im II. Quartal —, erwies sich nur als vorübergehend. Im Oktober und November verkaufte der Einzelhandel wieder wertmäßig um 17,1% und mengenmäßig um 11,8% mehr als im Vorjahr. Auch das Weihnachtsgeschäft war nach den bisher vorliegenden Ergebnissen ausgezeichnet. Einzelne Waren wurden knapp, da der Einzelhandel vielfach zu geringe Vorräte hielt und neue Ware von der Industrie meist nicht kurzfristig geliefert werden konnte. Hatte sich die Konsumbelebung bis Herbstbeginn vorwiegend auf dauerhafte Konsumgüter, wie Elektrogeräte, Fahrzeuge und Möbel, und zum Teil auch auf Nahrungsmittel konzentriert, so gingen gegen Jahresende auch Textilien und Schuhe bemerkenswert gut, deren Absatz bisher nicht befriedigt hatte. Nur Tabakwaren wurden weiterhin in geringeren Mengen gekauft als im Vorjahre.

Der neue Auftrieb, den der private Konsum gegen Jahresende erhielt, war hauptsächlich einer kräftigen Erhöhung der Masseneinkommen zu danken. Die Lohnwelle hat im Herbst auf die zahlenmäßig bedeutenden Gruppen der Textil- und Nahrungsmittelarbeiter übergreifen, die öffentlichen Gehälter wurden im Oktober erhöht, die Rentner erhielten erstmalig einen 13. Monatsbezug und die Weihnachtsremunerationen ergänzten die beträchtliche Einkommenssteigerung. Im Durchschnitt waren die Nettolöhne und -gehälter im IV. Quartal 1954 um 9% und die Zahl der Beschäftigten um 5% höher als im IV. Quartal 1953. Die gesamte Lohn- und Gehaltssumme ist gegenüber dem Vorjahre um etwa 4,5 Mrd. S (Jahresrate) gestiegen.

Gleichzeitig mit dem Einkommen nimmt offensichtlich auch die Konsumneigung wieder zu. Die privaten Haushalte haben seit der Stabilisierung der Währung ihre Kassenreserven namhaft erhöht und scheinen auf die Bildung weiterer Rücklagen nicht mehr so bedacht zu sein wie bisher. Außerdem wird ein wachsender Teil der neu gebildeten Ersparnisse durch den Mehrkonsum jener Haushalte kompensiert, die ihre kurzfristigen Sparziele erreicht haben und vielfach mit Hilfe von Konsumkrediten langlebige Gebrauchsgüter erwerben. Der Zuwachs auf Sparkonten bei den Kreditinstituten war im 1. Halbjahr 1954 um 75%, im Zeitraum Juli bis November aber nur noch um 21% höher als zu gleichen Zeit des Vorjahres.

Mengenumsätze im Einzelhandel

(Index der Einzelhandelsumsätze 1948 = 100; Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Quartal des Vorjahres in Prozent)



*) Oktober/November.

Mit den Investitionen, aber bedeutend schwächer, hat sich der private Verbrauch belebt. Die Mengenumsätze im Einzelhandel waren im III. Quartal 1954 um 7,4% und im Oktober und November um 11,8% höher als im Vorjahr.

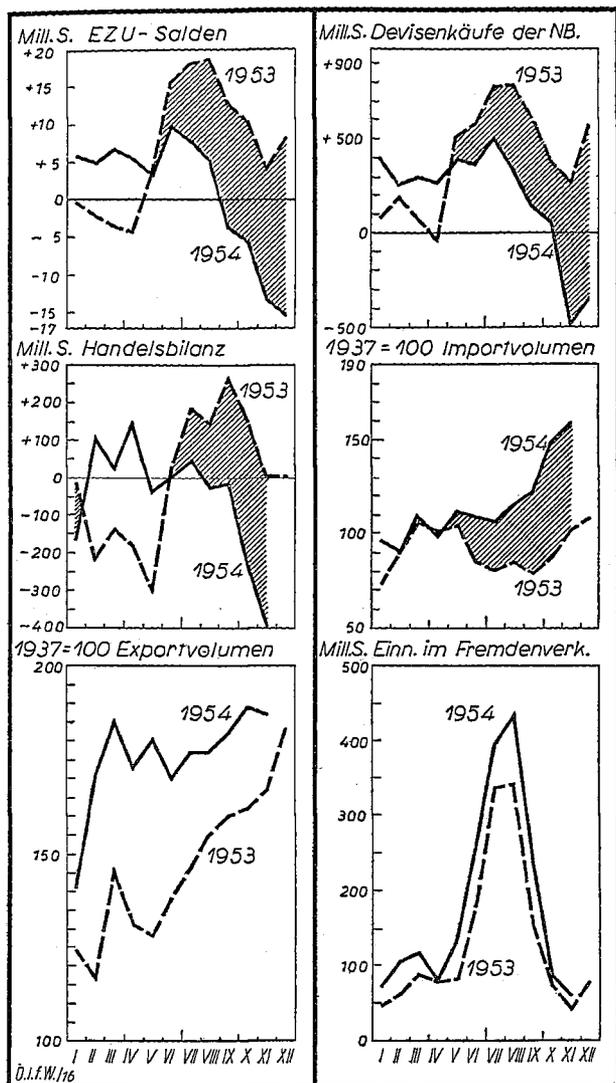
Die privaten Ausgaben der Haushalte und Betriebe für Konsum und Investitionen wären vermutlich noch stärker gestiegen, wenn nicht die öffentliche Hand bis in die jüngste Zeit namhafte Budgetüberschüsse erzielt und auf diese Weise Kaufkraft vorübergehend stillgelegt hätte. Genaue Zahlen über das Bundesbudget 1954 liegen bisher nicht vor. Da jedoch die dem Bund verbleibenden öffentlichen Abgaben im Jahre 1954 mit 12,4 Mrd. S um 15% höhere Erträge brachten und die Betriebseinnahmen der Bundesbahnen in den ersten 11 Monaten mit 3,7 Mrd. S um 7% höher waren, als im Voranschlag angenommen war, dürfte der Bund Mehreinnahmen von über 2,0 Mrd. S erzielt haben. Andererseits wurde bei den Ausgaben der Voranschlag nur wenig überschritten; der Mehraufwand für Beamtengehälter, Pensionen und einige andere Zwecke wurde durch Einsparungen bei anderen Ausgaben (z. B. bei Preisstützungen) größtenteils wettgemacht. Das Gesamtbudget, das laut Voranschlag einen Abgang von 1,813 Mill. S hatte, dürfte daher mit einem namhaften Überschuss abschließen. Da der Bund überdies über 800 Mill. S Anleihen aufgenommen hat, verfügt er über beträchtliche Kassenreserven, die ihm die Finanzierung des ao. Budgets 1955 erleichtern werden.

Versiegen der Zahlungsbilanzüberschüsse

Während die Binnenkonjunktur mehr und mehr in Schwung kommt, sind die von der Zahlungsbilanz ausgehenden Auftriebskräfte seit Mitte 1954 immer schwächer geworden und gegen Jahresende völlig versiegt. Der bemerkenswert rasche Abbau der Zahlungsbilanzüberschüsse, der sich ebenso sprunghaft vollzieht wie die Aktivierung der Zahlungsbilanz nach der Wechselkursanpassung, läßt sich deutlich an Hand der valutarischen Bestände verfolgen. Im I. und II. Quartal 1954 hatten die Gold- und Devisenbestände der österreichischen Wirtschaft noch um 40,1 Mill. \$ und 44,6 Mill. \$ zugenommen, um 32,5 Mill. \$ und 17,8 Mill. \$ stärker als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im III. Quartal stieg zwar der Zuwachs saisonbedingt auf 46,0 Mill. \$, war aber bereits um 32,6 Mill. \$ geringer als im III. Quartal 1953. Im IV. Quartal 1954 schließlich hat die österreichische Wirtschaft zum ersten Male seit 1952 mehr Gold und Devisen ausgegeben als eingenommen. Die valutarischen Bestände der Nationalbank sanken im November und Dezember um 20,4 Mill. \$, der Zahlungsverkehr mit der EZU ist seit September und der mit Verrechnungsländern seit Juli passiv. Allein gegenüber den EZU-Ländern entstand von September bis Dezember ein Defizit von 38,3 Mill. \$, das Gesamtguthaben bei der EZU sank dadurch von 123,5 Mill. \$ auf 88,0 Mill. \$. Unter Berücksichtigung der Saisoneinflüsse scheint damit die österreichische Zahlungsbilanz einem Ausgleich bereits sehr nahe zu sein.

War die Aktivierung der Zahlungsbilanz im Frühjahr 1953 größtenteils eine Folge sprunghaft steigender Deviseneingänge aus Export und Fremdenverkehr, so geht die Tendenzumkehr seit Mitte 1954 hauptsächlich auf höhere Devisenansprüche zurück. Die Deviseneinnahmen waren nicht zuletzt dank der guten internationalen Konjunktur im III. Quartal und vermutlich auch im IV. Quartal um je 11% höher als zur gleichen Zeit 1953. Die Exporte überschritten im Oktober und November um 9% und die Deviseneinnahmen aus dem Fremdenverkehr um 28% den Vorjahresstand. Gleichzeitig sind jedoch die Devisenausgaben, vor allem für Importe, viel stärker gestiegen. Bis Mitte 1954 schien die österreichische Wirtschaft bei einer um fast 100% höheren Industrieproduktion und bei einem um 45% höheren Beschäftigtenstand nur knapp soviel Importe zu benötigen wie vor dem Kriege. Da auch Liberalisierung und Konjunkturbelebung an diesem Sachverhalt zunächst nur wenig änderten, lag es nahe, den geringeren Einfuhrbedarf auf dauerhafte Strukturverschiebungen im Gefüge der österreichischen Wirtschaft zurückzuführen.

Tendenzumkehr in der Handels- und Zahlungsbilanz



Infolge der sprunghaften Zunahme der Einfuhr haben sich Handels- und Zahlungsbilanz seit Mitte 1954 trotz anhaltend hohen Deviseneinnahmen aus Export und Fremdenverkehr fortschreitend verschlechtert. Die Devisenüberschüsse sind seit Mai geringer als im Vorjahr und gegen Jahresende völlig versiegt.

ren. Jedenfalls kam die sprunghafte Erhöhung der Einfuhr seit Herbstbeginn etwas unerwartet. Die Gesamteinfuhr stieg wertmäßig von 1.384 Mill. S im September auf 1.630 Mill. S und 1.758 Mill. S im Oktober und November und volumenmäßig von 122 auf 149 und 159 (1937 = 100). Das Einfuhrvolumen war im November um 57% höher als vor einem Jahr und das höchste bisher überhaupt. Auch die Devisenausgänge für andere Zwecke steigen dank der liberalen Handhabung der wenigen noch bestehenden Devisenvorschriften ständig.

Der kräftige Einfuhrsog läßt sich im wesentlichen auf drei vermutlich nicht nur vorübergehend wirksame Ursachen zurückführen. Zunächst kann das Angebot an heimischen landwirtschaftlichen Produkten

infolge mittelmäßiger Ernten und geringer Vorräte an Getreide, Obst und Gemüse sowie unter dem Einfluß des Schweinezyklus kurzfristig nicht mit der konjunkturellen Belebung des Verbrauchs Schritt halten. Von den 1.033 Mill. S, um die im Oktober und November mehr als im Vorjahre eingeführt wurde, waren nicht weniger als 315 Mill. S oder 30% Nahrungs- und Futtermittel. Auch in den kommenden Monaten wird der Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln verhältnismäßig hoch bleiben. Nach vorsichtigen Schätzungen wird im Wirtschaftsjahr 1954/55 um 250.000 t (400 Mill. S) mehr Brot- und Futtergetreide und um 20.000 t (230 Mill. S) mehr Vieh und Fleisch eingeführt werden müssen als im Wirtschaftsjahr 1953/54. Da auch mehr ausländisches Obst, Gemüse und Schmalz nötig ist und die Fleischausfuhr fast völlig eingestellt wurde, dürfte sich die Handelsbilanz für Nahrungsmittel im Wirtschaftsjahr 1954/55 um rund 900 Mill. S verschlechtern. Der Überschuß von 827 Mill. S in der Handelsbilanz des Wirtschaftsjahres 1953/54 wird daher allein schon durch die höheren Nahrungsmittelimporte aufgezehrt.

Weiters erhielt die Einfuhr durch die Belebung der Binnenkonjunktur starke Impulse. Der steigende Verbrauch der Bevölkerung und der erhöhte Bedarf der Betriebe an Rohstoffen und dauerhaften Produktionsmitteln regte nicht nur die heimische Produktion an, sondern wurde im wachsenden Maße auch durch ausländische Waren befriedigt. Der Zusammenhang zwischen Binnenkonjunktur und Importen läßt sich besonders deutlich an Hand der Einfuhr von Industrierohstoffen nachweisen, die auch vor der Liberalisierung bedarfsdeckend eingeführt wurden. Im Zeitraum Juli bis November 1954 importierte die Industrie um 29% mehr Rohstoffe (ohne Kohle), als zur gleichen Zeit des Vorjahres und selbst um 16% mehr als während der Korea-hausse im Jahre 1951. Da die Produktion nur um 17% höher war als im Vorjahre, dürften im allgemeinen mehr Rohstoffe bezogen als verbraucht worden sein. Die vielfach wieder leicht steigenden Weltmarktpreise und das ausgezeichnete Herbstgeschäft, für das viele Zweige nicht ausreichend vorgesorgt hatten, legen es der Industrie nahe, ihre vielfach gelichteten Rohstoffvorräte zu ergänzen.

Schließlich erwies sich die Liberalisierung der Einfuhr als ein wichtiger einfuhrsteigernder Faktor. Wiewohl die Auswahl der zu liberalisierenden Waren weitgehend auf die heimische Produktionsstruktur Bedacht nahm und die Zölle vielfach erhöht wurden, kamen in den letzten Monaten mehr und mehr ausländische Fertigwaren auf den heimischen Markt. Im Oktober und November wurden wertmäßig um

486 Mill. S oder 85% mehr Fertigwaren eingeführt als ein Jahr vorher. Neben Maschinen und Kraftfahrzeugen dringen auch ausländische Konsumgüter, wie Gewebe, Kleider, Schuhe und Möbel, auf dem heimischen Markt vor. In den meisten Fällen handelt es sich um Erzeugnisse, die von der ausländischen Konkurrenz trotz Zöllen billiger und in besseren Qualitäten angeboten werden können als von heimischen Firmen. In einzelnen Fällen mögen auch die langen Lieferfristen vieler heimischer Erzeuger die Käufer bewogen haben, ausländische Erzeugnisse zu bevorzugen.

Abnehmende Flüssigkeit des Geldmarktes

Die Verlagerung der konjunkturellen Auftriebskräfte von der Außenwirtschaft auf die Binnenwirtschaft spiegelt sich deutlich auf dem Geldmarkt. Hatten die Devisenkäufe der Notenbank die Wirtschaft bis Herbst 1954 mit einem anhaltend starken Strom zusätzlichen Notenbankgeldes versorgt, das etwa zur Hälfte im Wege zusätzlicher Scheckeinlagen zu den Kreditinstituten floß und ihnen den Aufbau umfangreicher Liquiditätsreserven ermöglichte, so entziehen nunmehr die Devisenverkäufe der Notenbank dem Kreditapparat laufend flüssige Mittel und engen seinen Spielraum für autonome, von der Nationalbank unabhängige Kreditpolitik ein. Da die Kreditinstitute außerdem in größerem Umfang kommerzielle Kredite gewähren und Wertpapiere kaufen, gingen ihre freien Giro Guthaben bei der Notenbank, die in den ersten acht Monaten 1954 um 1.761 Mill. S zugenommen hatten, von September bis Dezember um 635 Mill. S zurück. Besonders stark mußten die Kreditinstitute im Dezember auf die Notenbank zurückgreifen. In diesem Monat zogen sie 397 Mill. S Giro Guthaben ab und ließen sich 154 Mill. S Handelswechsel und Schatzscheine von der Notenbank refinanzieren. Zum ersten Male im Jahre 1954 mußte die Notenbank auch wieder einen größeren Posten Bundesschatzscheine übernehmen, die seit März aus ihrem Portefeuille verschwunden waren.

Am stärksten hat in den letzten Monaten die Liquidität der Banken abgenommen. Ihre erste Liquidität, die von April 1953 bis Mai 1954 fast kontinuierlich von 15 auf 29% gestiegen war, ging bis Ende November auf 16,6% zurück. Sie lag damit nur noch um 1,6% über der vereinbarten Mindestreserve (15%). Auch die Krediterteilungsreserve (Unterschreitung des zulässigen Kreditplafonds) hat von Mai bis November um 1.087 Mill. S auf 1.117 Mill. S abgenommen. Daß der Liquiditätspolster der Banken so rasch schrumpft, liegt allerdings nur teilweise an der passiven Zahlungsbilanz. Mindestens ebenso entschei-

dend war, daß die Sparkassen einen beträchtlichen Teil ihrer Zwischenbankeinlagen zurückzogen und sie direkt — meist in Wertpapieren — veranlagten. Allein die beiden Großbanken verloren im letzten Quartal 1954 885 Mill. S Zwischenbankeinlagen. Auch die Überschüsse im Bundesbudget und die vom Bund vorsorglich aufgenommenen Anleiheerlöse, die hauptsächlich auf Scheckkonten bei der Postsparkasse stillgelegt wurden, haben den Banken größere flüssige Mittel entzogen. Die Scheckeinlagen der Postsparkasse sind in den ersten elf Monaten um 1.844 Mill. S oder 108% gestiegen, die Scheckeinlagen aller übrigen Institute dagegen nur um 1.845 Mill. oder 18%.

Trotz der raschen Abnahme der Liquidität der Kreditinstitute, vor allem der Banken, besteht von der Geldseite her noch ein sehr beachtlicher Spielraum für eine weitere wirtschaftliche Expansion. Es darf nicht übersehen werden, daß die Nettoguthaben der Kreditinstitute bei der Notenbank Ende 1954 noch immer 1.764 Mill. S betragen, während die Kreditinstitute Ende 1951 gegenüber der Notenbank in Höhe von 3.380 Mill. S verschuldet waren. Wenn die Konjunktur anhält, werden die Kreditinstitute zweifellos die ihnen noch offenstehenden Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Notenbank ausnützen und die Kreditnachfrage der Wirtschaft in größtmöglichem Umfang befriedigen. Dazu kommt, daß die von der Zahlungsbilanz ausgehenden restriktiven Faktoren im Jahre 1955 vermutlich ganz oder teilweise dadurch kompensiert werden dürften, daß die gegenwärtig bei der Postsparkasse gehorteten öffentlichen Gelder allmählich wieder in den Umlauf fließen und sich zumindest teilweise bei den übrigen Kreditinstituten in Form zusätzlicher Scheckeinlagen niederschlagen werden. Auch Saisoneinflüsse werden in den nächsten Monaten einer weiteren Anspannung des Geldmarktes entgegenwirken.

Der Kreditapparat selbst jedenfalls beurteilt seine Expansionsmöglichkeiten noch optimistisch und rechnet kaum mit einer ernstlichen Verknappung des Geldmarktes. Das zeigt sich u. a. darin, daß die Zinssätze bis in die jüngste Zeit weiter gesunken sind. Die Wiener Sparkassen senkten ihre Zinssätze für kommerzielle Kredite ab 1. Jänner 1955 um $\frac{1}{4}$ bis $1\frac{1}{2}\%$, eine Großbank ermäßigte sie um $\frac{1}{2}\%$. Auch das neue Haben-Zinsabkommen der Sparkassen beinhaltet eine weitere Zinssenkung. Außerdem wurde von den Kreditinstituten neuerlich die Übernahme größerer Wertpapieremissionen zugesichert. Die Girozentrale wird eine Anleihe der Stadt Salzburg in Höhe von 100 Mill. S übernehmen, die Großbanken werden Anleihen der Länder Oberösterreich und Steiermark in Höhe von 80 Mill. S und 50 Mill. S gewähren. Außer-

dem werden in den nächsten Monaten die zweite Tranche der Wohnbauanleihe von 400 Mill. S, die letzte Tranche der Opernanleihe von 20 Mill. S und eine neue Energieanleihe aufgelegt und vermutlich großteils von den Kreditinstituten übernommen.

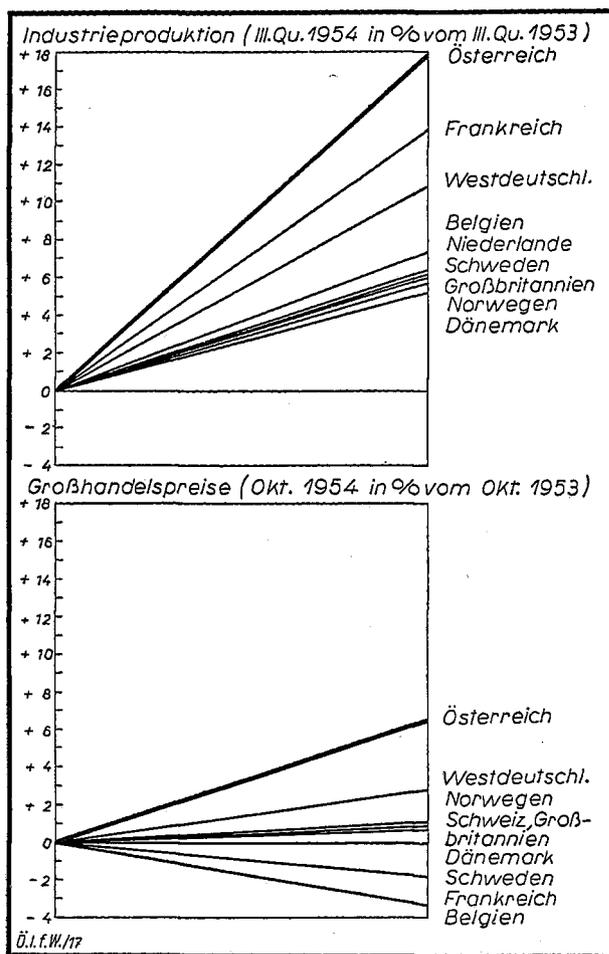
Im übrigen darf nicht übersehen werden, daß die anhaltende Ausweitung der kaufkräftigen Nachfrage nicht nur durch die Geld- und Kreditschöpfung des Kreditapparates, sondern auch aus liquiden Mitteln der Betriebe und der Haushalte finanziert wird, die mit fortschreitender Konjunkturbelebung virulent werden. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist seit Mitte 1954 leicht gestiegen, während sie im 2. Halbjahr 1953 noch rückläufig war.

Ausblick auf 1955

Die wirtschaftliche Problematik hat sich binnen Jahresfrist von Grund auf geändert. War es an der Jahreswende 1953/54 vor allem darauf angekommen, die von der Außenwirtschaft ausgehenden Konjunkturimpulse zu verstärken und auch die Binnenwirtschaft zu beleben, so steht die österreichische Wirtschaftspolitik gegenwärtig vor der Aufgabe, die Hochkonjunktur zu sichern und nötigenfalls vor Übersteigerungen zu bewahren. Das Problem der Konjunkturstabilisierung ist nicht nur in Österreich aktuell. In vielen westeuropäischen Staaten beginnt der Wirtschaftsaufschwung an natürliche Grenzen zu stoßen. Arbeitskräfte und Kapazitäten werden knapp, die Lieferzeiten werden länger und im Preis-Lohn-Gefüge zeichnen sich Spannungen ab. Auch die Preise auf den internationalen Rohstoffmärkten, die im Jahre 1954 bemerkenswert stabil geblieben waren und dadurch die Mengenkongunktur der westeuropäischen Industriestaaten erleichterten, zeigen in jüngster Zeit, unter dem Einfluß der optimistischen Konjunkturprognosen für die USA, wieder eine deutlich steigende Tendenz. Maßgebliche wirtschaftspolitische Stellen im Auslande mahnen daher zur Vorsicht und halten ihr konjunkturpolitisches Instrumentarium bereit, um gegebenenfalls rasch geeignete Maßnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur treffen zu können.

Eine Vorschau auf die wichtigsten konjunkturbestimmenden Faktoren läßt auch für 1955 verhältnismäßig starke konjunkturelle Auftriebskräfte erwarten. Der Export wird vermutlich florieren. Die ausgezeichnete Konjunktur Westeuropas, die durch die Aufrüstung Westdeutschlands zusätzliche Impulse erhält, und die sichtbare Erholung der amerikanischen Konjunktur rechtfertigen die Prognose eines lebhaften Welthandels, an dem auch Österreich profitieren wird, sofern es seine internationale Konkurrenzfähigkeit bewahren kann.

Industrieproduktion und Großhandelspreise in Westeuropa und in Österreich im Jahre 1954



Der Konjunkturaufschwung im Jahre 1954 war in Österreich stärker als in anderen westeuropäischen Staaten. Die österreichische Industrieproduktion lag im III. Quartal 1954 um 18%, im westeuropäischen Durchschnitt aber nur um 8% über dem Vorjahresstand. Auch in der Preisbewegung hält Österreich die Spitze.

Gleichzeitig werden sich wahrscheinlich die von der Binnenkonjunktur ausgehenden Auftriebskräfte verstärken. Die bis Jahresende äußerst lebhaften Auftragseingänge in den Investitionsgüterindustrien lassen erkennen, daß der Investitions-Boom seinen Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Die hohe Auslastung der verfügbaren Kapazitäten, der Mangel an qualifizierten Facharbeitern, die günstige Ertragslage und der allgemein vorherrschende Konjunkturoptimismus tragen dazu bei, daß im Jahre 1955 höhere Investitionen vorgenommen werden dürften als im Vorjahre. Die steuerliche Begünstigung von Neuinvestitionen übt einen zusätzlichen Anreiz aus. Dazu kommt, daß die öffentliche Hand ihre Investitionstätigkeit forciert. Der Bund sieht im Budget für 1955 um über 1 Mrd. S oder 30% mehr investitionsähnliche Ausgaben vor als im Jahre 1954 und wird

im Wege der außerbudgetären Wohnbaufonds um etwa 20% mehr für den Wohnungsbau bereitstellen. Auch die Länder und Gemeinden planen im allgemeinen höhere Investitionen als im Vorjahre.

Die zu erwartende Investitionstätigkeit wird voraussichtlich auch den privaten Konsum nachziehen, zumal da sich die neuerliche Senkung der Einkommensteuer bei den Lohnempfängern sofort auswirkt und die Sparneigung abzunehmen scheint. Auch die Bruttoeinkommen der Unselbständigen werden vermutlich weiter steigen, sei es weil die Konkurrenz der Unternehmer um knappe Arbeitskräfte die Verdienste steigert, sei es, daß mehr Überstunden geleistet werden. Für die öffentlich Angestellten wurde die dritte Etappe des Nachziehverfahrens bereits für Mitte 1955 festgelegt. Da dank dem guten Weihnachtsgeschäft auch die Vorräte an Konsumgütern in Industrie und Handel sehr niedrig sind, können die Konsumgüterindustrien mit lebhaften Bestellungen für die Frühjahrssaison rechnen. Im ganzen ist daher kaum zu befürchten, daß ein weiteres Wachstum des Sozialproduktes durch einen Mangel an kaufkräftiger Nachfrage gehemmt wird.

Weit eher wird die Knappheit an Produktionsmitteln einer weiteren Ausdehnung der Produktion verhältnismäßig enge Grenzen setzen. Der saisonbedingte Rückgang von Produktion und Beschäftigung in den Wintermonaten darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Spielraum für eine weitere rasche Produktionsausweitung vermutlich nur noch gering ist. Gewiß hat die österreichische Wirtschaft in den letzten Monaten ein hohes Anpassungsvermögen bewiesen. Durch Überstunden, Eingliederung alter, stillgelegter Anlagen in den Produktionsprozeß und durch zusätzliche Einfuhren konnten die in vielen Zweigen bereits sichtbar werdenden Leistungsgrenzen immer wieder hinausgeschoben und auf fast allen Gebieten der Wirtschaft Rekordleistungen vollbracht werden. Verschiedenes spricht jedoch dafür, daß die Anpassungsfähigkeit der Produktion allmählich erlahmt. Eine Erhebung des Institutes bei den am Konjunkturtest teilnehmenden Firmen der Industrie — die Einzelergebnisse werden im nächsten Bericht veröffentlicht — ergab für die Zeit unmittelbar vor Weihnachten eine überraschend hohe Kapazitätsausnutzung in fast allen Branchen. Vor allem in den Investitionsgüterindustrien waren die großen und leistungsfähigen Betriebe fast durchwegs bis zur Kapazitätsgrenze beschäftigt. Größere Kapazitätsreserven gab es im allgemeinen nur noch bei solchen kleinen und mittleren Betrieben, die verhältnismäßig

unrationell produzieren und vermutlich nur bei steigenden Preisen voll beschäftigt werden könnten. Mit diesem Ergebnis stimmen einige andere Fakten überein: die wachsende Diskrepanz zwischen Auftrageingängen und Produktion in wichtigen Investitions- und Grundstoffindustrien, die Knappheit an bestimmten Arbeitskräften und der langsame aber doch unverkennbare Trend steigender Preise nicht nur auf dem Holzmarkt, sondern auch auf anderen Gebieten der Wirtschaft.

Unter diesen Umständen ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die kaufkräftige Nachfrage künftig schneller wächst, als die heimische Produktion ausgeweitet werden kann. Eine solche Entwicklung wäre solange unbedenklich, als die Lücke zwischen dem heimischen Güterangebot und der kaufkräftigen Nachfrage quantitativ und qualitativ mühelos durch Einfuhren geschlossen werden kann. Tatsächlich hat die Vermehrung des Güterangebotes durch zusätzliche Importe und zum Teil durch Drosselung der Exporte in den letzten Monaten wesentlich zur Stabilisierung des Preisniveaus beigetragen. Wiewohl diese Maßnahmen auch in Zukunft ihre Bedeutung im Kampfe gegen eine Übersteigerung der Binnenkonjunktur behalten, dürfen die Möglichkeiten einer Konjunkturstabilisierung über den Außenhandel nicht überschätzt werden. Abgesehen davon, daß viele Produkte im Auslande teurer sind oder keine hohen Transportkosten vertragen, ist der Spielraum, den die Zahlungsbilanz für zusätzliche Einfuhren läßt, nicht unbeschränkt.

Der Konjunkturaufschwung war in Österreich bereits im Jahre 1954 mengen- und preismäßig stärker als in den übrigen Ländern. Während die westeuropäische Industrieproduktion im III. Quartal 1954 nur um 8% über dem Vorjahresstand lag — nur in Frankreich und Westdeutschland war die Produktionssteigerung mit 14% und 11% größer — produzierte die österreichische Industrie um 18% mehr als im III. Quartal 1953. Auch in der Preisbewegung hält Österreich die Spitze. Die österreichischen Großhandelspreise waren im Oktober um 6,5%, die deutschen, britischen und schweizerischen nur um 2,8%, 1,0% und 1,0% höher als ein Jahr vorher. In Belgien und Frankreich sind sie sogar um 3,3% und 1,8% gesunken. Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man die Lebenshaltungskosten vergleicht. Ein weiteres Ausscheren aus der westeuropäischen Konjunkturentwicklung könnte auf die Dauer die Zahlungsbilanz und schließlich die gesamte Konjunktur gefährden.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu Statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Auch im November war die *Ausweitung der kommerziellen Kredite* der wichtigste Expansionsfaktor, wenn auch der Zuwachs von 348 Mill. S saisongemäß hinter dem des Vormonates (491 Mill. S) zurückblieb. Die zusätzlichen Kredite sind unter anderem für die Finanzierung der erhöheten Importe verwendet worden. Schon im September und Oktober entfielen von den 507 Mill. S zusätzlichen Krediten der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute 232 Mill. S auf Kredite an den Getreidehandel. Im November wird die Finanzierung allerdings vorwiegend von den landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften bestritten worden sein, da die Banken ihr Kreditvolumen nur noch um 21 Mill. S ausdehnten, die landwirtschaftlichen Spitzeninstitute aber um 71 Mill. S. Den Hauptanteil an der Ausdehnung des Kreditvolumens im November haben die Sparkassen, die Hypothekenanstalten und die Volksbanken, die hauptsächlich Kleinkredite vergeben.

Ob die seit Mitte 1954 stärkere Kreditausweitung auch durch die wachsenden Einfuhren verursacht war, läßt sich aus der nun vorliegenden Kreditstatistik für das III. Quartal nicht mit Sicherheit ableiten. Den größten Teil der im III. Quartal zusätzlich gewährten Kredite von 1.243 Mill. S nahmen Industrie und Handel mit 285 und 253 Mill. S in Anspruch, die im Vorjahr im gleichen Quartal noch 103 und 167 Mill. S zurückgezahlt hatten. Aber auch die Nachfrage der anderen Kreditnehmer nahm gegenüber dem Vorjahr zu. Relativ am stärksten verschuldete sich wieder das Gewerbe: seine aushaftenden Kredite stiegen um 186 Mill. S, das sind 12%, auf 1.796 Mill. S, obwohl die von den Kreditinstituten eingeleiteten Kleinkreditaktionen zu verbilligten Zinssätzen nur wenig beansprucht wurden.

Die Kreditstruktur verschiebt sich weiter zugunsten der langfristigen Kredite; die neugewahrten kommerziellen Kredite mit einer Laufzeit von über fünf Jahren stiegen um 87 Mill. S stärker als im III. Quartal 1953. Allerdings geht diese Strukturbewegung fast ausschließlich auf die verstärkte Emission von Pfandbriefen und Kommunalobligationen zurück. Außerdem wurden ausschließlich an die öffentliche Hand langfristige Kredite gewährt, die überwiegend die Form von Wertpapierkaufen hatten. Diese Kredite geben zum Unterschied zu den nicht titrierten Krediten dem einzelnen Institut die Möglichkeit zum Verkauf oder zur Belehnung und sind deshalb liquider als normale Industriekredite.

Die Gewährung von langfristigen Krediten an die öffentliche Hand dürfte auch in den nächsten Monaten fortgesetzt werden, da Anleihen von mehr als einer Milliarde S geplant sind, nämlich die zweite Tranche der Wohnbauanleihe von 400 Mill. S, die letzte Tranche der Opernanleihe von 20 Mill. S und die Emission einer neuen Energieanleihe. Auch Länder und Gemeinden, deren Einnahmen durch die Steuerermäßigung sinken, nützen die niedrigen Zinssätze und sichern sich größere Kreditzusagen zur Finanzierung ihrer Investitionen. So wird die Stadt Salzburg von der Girozentrale der Sparkassen 100 Mill. S erhalten, die Länder Oberösterreich und Steiermark von den Grosbanken 80 und 50 Mill. S.

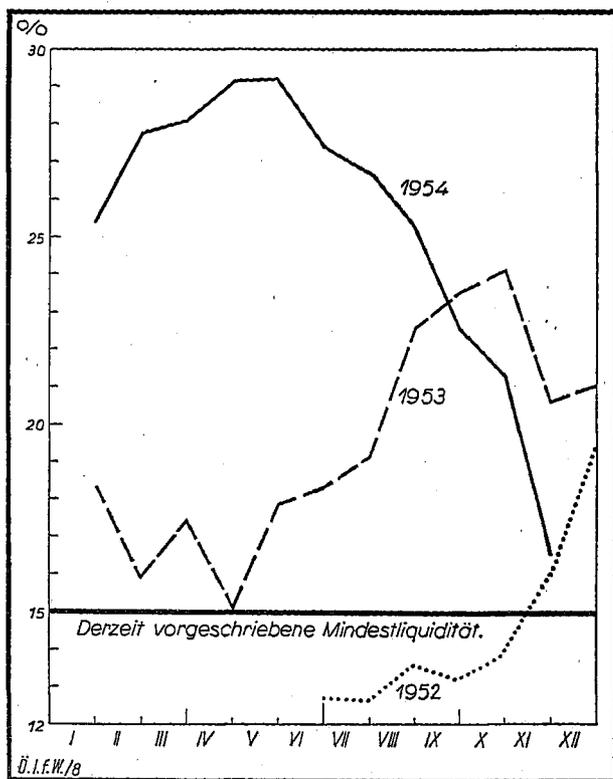
Neben diesen Anleihen dürften größere Kredite für die Vorfinanzierung von Darlehen des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zugesagt worden sein. Die Haftungszusagen des Fonds haben in diesem Jahr allein 550 Mill. S erreicht, während die gesamten Kredite der Kreditinstitute für den Wohnbau, in denen auch die umfangreichen Reparaturdarlehen enthalten sind, in den ersten drei Quartalen nur um 246 Mill. S zunahmen. Selbst wenn man berücksichtigt, daß in der letzten Zeit neben Kreditinstituten auch Versicherungsgesellschaften Vorfinanzierungen übernehmen, dürften die nicht ausgenutzten Zusagen von Kreditinstituten rund 400 Mill. S erreichen. Die Kreditexpansion wird sich daher vor allem mit dem Beginn der Bausaison kräftig fortsetzen.

Aber auch die restriktiven Wirkungen, die von der Zahlungsbilanz herkommen, haben sich zunächst noch verstärkt. Der Abbau der *Devisenbestande*, der im November mit 184 Mill. S begann, hat sich im Dezember auf 347 Mill. S vergrößert, obwohl gleichzeitig die ausländischen Kreditinstitute ihre Schillingkonten bei der Notenbank um 29 Mill. S erhöheten. Wie in den Vormonaten beschränkte sich auch diesmal der Rückgang auf EZU-Währungen. Die Monatsabrechnung mit der Zahlungsunion schloß mit einem Passivum von 406 Mill. S (15,6 Mill. \$). Da im Jänner und Februar wieder mit größeren Fremdenverkehrseinnahmen und andererseits mit einem Nachlassen der Getreideimporte gerechnet werden kann, dürfte das monatliche Defizit nicht weiter zunehmen.

Infolge Abbaus der Devisenbestande hat sich die Zunahme der *Geldmenge* verlangsamt. Sie betrug 367 Mill. S, gegen 549 Mill. S im November 1953. Außerdem entfielen im November 99 Mill. S vom Zuwachs auf die Guthaben ausländischer Kreditinstitute bei der Notenbank, die nicht unmittelbar die Nachfrage erhöhen.

Die Einlagen auf Scheckkonten in der Höhe von 218 Mill. S dürften überwiegend von öffentlichen Stel-

Erste Liquidität des Bankensektors (Normaler Maßstab; in Prozent)



Der Rückgang der Devisenüberschüsse und der Zwischenbank-einlagen verringerte die erste Liquidität der dem Banken-abkommen unterliegenden Institute. Sie ist seit Mitte des Jahres rasch zurückgegangen und nähert sich der vorgeschriebenen Mindestliquidität. Die Institute besitzen jedoch genügend rediskontfähige Schatzscheine und Wechsel, um sich liquide Mittel beschaffen zu können.

len stammen. Darauf weist hin, daß die Scheckeinlagen beim Postsparkassenamt neuerlich um 446 Mill. S zunahm. Sie sind mit 3.55 Mrd. S jetzt mehr als doppelt so hoch wie zu Beginn 1954 (1.71 Mrd. S). Der Umlauf an Noten und Münzen weitete sich im November mit 43 Mill. S nur wenig aus.

Trotz der saisonwidrig geringen Zunahme des Notenumlaufs hat sich die *Liquidität der Kreditinstitute* im November rasch vermindert. Infolge weiterer Abzüge von Zwischenbankeinlagen und Devisen ging die erste Liquidität der dem Bankenabkommen unterliegenden Institute sprunghaft von 21.3 auf 16.6% zurück und liegt damit nur noch knapp über dem vorgeschriebenen Satz von 15%¹⁾. Auch ihre Kreditreserven gingen um 301 auf 1.117 Mill. S zurück, während sie im Vorjahr nur um 210 Mill. S abnahmen. Ebenso ist die Kreditreserve der dem Kredit-

¹⁾ Die Institute besitzen jedoch genügend rediskontfähige Schatzscheine und Wechsel, um sich liquide Mittel beschaffen zu können.

abkommen unterliegenden Kreditgenossenschaften um 153 Mill. S auf 180 Mill. S gesunken.

Im Dezember dürfte die Liquidität weiter zurückgegangen sein. Der Notenumlauf nahm mit 596 Mill. S um ebensoviel zu wie im Vorjahr, gleichzeitig mußten die Kreditinstitute ihre liquiden Mittel auch noch zum Devisenankauf bei der Notenbank verwenden. Sie hoben daher 425 Mill. S von ihren freien Girokonten ab und reichten 109 Mill. S Handelswechsel und 45 Mill. S Schatzscheine zur Refinanzierung ein. Sie hätten sich vermutlich noch weit stärker verschulden müssen, wenn ihnen nicht von den freien Girokonten öffentlicher Stellen 252 Mill. S und vom Counterpartkonto 130 Mill. S Notenbankgeld zugeflossen wäre. Im Vorjahr entzog ihnen die Gebarung auf diesen beiden Konten 4 Mill. S flüssige Mittel; trotzdem mußten sie damals ihr Nettoguthaben bei der Notenbank nur um 6 Mill. S abbauen, im Dezember dieses Jahres aber um 579 Mill. S. Es betrug Ende 1954 jedoch noch immer 1.764 Mill. S, gegen 385 Mill. S zu Jahresbeginn.

Die Umkehr der Zahlungsbilanzentwicklung hat sich auch auf den Gesamtumlauf ausgewirkt, der zum erstenmal seit Februar 1953 im November und Dezember zurückging.

Im 1. Halbjahr 1955 wird der Umlauf wahrscheinlich noch weiter zurückgehen. Der Notenumlauf, der saisongemäß im 1. Halbjahr nur wenig zunimmt, dürfte auch durch die Steuersenkung, die den Bargeldbedarf erhöht, nur wenig beeinflußt werden. Die Liquidität wird weiterhin hauptsächlich durch die Zahlungsbilanzentwicklung bestimmt werden. Da sich die Devisenkäufe auf die einzelnen Institutsgruppen verschieden auswirken, wird es vom reibungslosen Geldmarktausgleich, der die noch bestehenden Liquiditätsüberschüsse verteilt, abhängen, wann sich einzelne Institutsgruppen wieder bei der Notenbank verschulden müssen.

Vorläufig wirkt die hohe Liquidität noch drückend auf die Zinssätze. Die zwei Wiener Sparkassen, die nicht durch ein Soll-Zinsabkommen gebunden sind, senkten die Zinssätze in den meisten Kreditparten ab 1. Jänner um $\frac{1}{4}\%$ bis $1\frac{1}{2}\%$ und eine Großbank um mindestens $\frac{1}{2}\%$.^{*)} Auch in den übrigen Bundesländern dürften die Sparkassen in der letzten Zeit die Zinssätze gesenkt haben. Auf eine Zinssenkung läuft auch hinaus, daß die Sparkassen das Habenzins-Abkommen änderten. Gewisse größere Kreditgenossenschaften verlieren in Orten, wo Sparkassen bestehen, ihr bisheriges Recht auf einen „Zinsvoraus“ von $\frac{1}{4}\%$.

Über *Einlagen auf Sparkonten* liegen noch keine endgültigen Zahlen für November vor. Im Oktober

waren sie mit 246 Mill. S um 27% höher als im Vorjahresmonat. Das III. Quartal brachte eine Steigerung um 604 Mill. S oder 28% gegenüber dem III. Quartal 1953. (Die Steigerungsrate des I. und II. Quartals (69 und 62%) konnte allerdings nicht erreicht werden). Vor allem dürften dazu die hohen Investitionen der gewerblichen Wirtschaft und der Landwirtschaft beigetragen haben. Außerdem zeigt die starke Belegung des Absatzes von dauerhaften Konsumgütern, daß die Haushalte relativ mehr angesammelte Ersparnisse auflösen oder ihr Einkommen für Ratenzahlungen verwenden.

Auf dem *Aktienmarkt* kam es gegen Jahresende zu neuen Kurssteigerungen. Die Börsenumsätze, die allerdings nicht für die gesamten Wertpapierumsätze charakteristisch sein müssen, überschritten jene von Oktober 1951 und erreichten damit einen Höchststand seit der Wiedereröffnung der Börse. Es wurden zum Teil auch bisher nicht gehandelte Aktien notiert. Der Kursindex von Aktien privater Unternehmungen stieg von Mitte November bis Mitte Dezember um 9%. Einzelne Aktien von verstaatlichten Unternehmungen wurden im Dezember zur Wertpapierbereinigung aufgerufen, da diese die Voraussetzung der Entschädigung ist. Da vor der Aufstellung der Schillingeröffnungsbilanz nicht mit größeren Emissionen gerechnet werden kann, wird durch ihr Ausscheiden aus dem Kursblatt eine Verengung des Marktes eintreten. Das notierte Nominalkapital wird sich um 332 Mill. S auf 611 Mill. S vermindern.

An der Börse im amtlichen und im Freiverkehr notierten inländische Aktien¹⁾

Stand 31. Dezember 1954

	Zahl	Notiertes Aktiennominale in Mill. S	Gesamtes Aktiennominale
Von privaten Unternehmungen	79	563'1	590'4
davon Freiverkehr	15	73'5	73'5
Von verstaatlichten Unternehmungen			
Entschädigte	16	332'0	590'3
davon Freiverkehr	3	7'5	7'5
Nicht entschädigte Unternehmungen ..	9	48'3	88'5
Insgesamt	104	943'4	1.269'2

¹⁾ Ohne die 4 Gesellschaften, bei denen der Handel eingestellt ist, und einer privaten Gesellschaft mit einem Nominale von 12'7 Mill. Goldfranken. Stamm- und Vorzugsaktien als eine Emission gerechnet.

Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2.1 bis 2.8; 10.1

Das leichte Steigen der Preise und Löhne hielt auch um die Jahreswende an. Zwar gelang es der Außenhandelspolitik, verschiedene Warenpreise, welche die Lebenshaltungskosten unmittelbar beeinflussen (z. B. Fleischpreise), stabil zu halten. Auf den Rohstoffmärkten jedoch ließ die lebhafte in- und

ausländische Konjunktur die Verknappungen bestehen oder zunehmen; die Folge waren neuerliche Verteuerungen (vor allem von Holz und Heizöl). Sie können leicht zu weiteren Preisbewegungen bei den Finalprodukten führen. Die Lohnwelle ist wohl im großen und ganzen abgeebbt, verschiedene Wünsche blieben jedoch noch offen, so daß auch in nächster Zeit noch mit „Nachziehungen“ bei einzelnen Gruppen zu rechnen ist. Die leicht expansive Preis- und Lohnentwicklung bewirkte verschiedentlich auch Tarifierhöhungen für Dienstleistungen.

Der Preisauftrieb auf dem Holzmarkt hält unvermindert an. Wohl wurde die Rohholzausfuhr bereits im Oktober gesperrt und der Schnittholzexport im November eingeschränkt. Auch hat das Handelsministerium vorerst die vom Bundesholzwirtschaftsrat für die erste Jahreshälfte 1955 beschlossene Kürzung der Schnittholzausfuhr um 20% gegenüber 1954 nur für den Jänner 1955 bestätigt, da es damit rechnet, daß noch eine stärkere Einschränkung notwendig werden könnte. Die Konjunktur in der Holzverarbeitung, vor allem in Bauwirtschaft und Papierindustrie, läßt jedoch für Holz auch nach der Sperre oder Einschränkung der Direktausfuhr einen ausgesprochenen Verkäufermarkt bestehen, zumal die holzverarbeitenden Industrien, besonders die Sägeindustrie, noch freie Kapazitäten besitzen.

Die Papierindustrie hat bereits angekündigt, daß sie bei weiteren Holzpreissteigerungen ihre Verkaufspreise abermals erhöhen wird. Sie fordert neben schärferen Exportrestriktionen für Holz einen Exportzoll sowie die amtliche Regelung des Holzpreises. Die Möbelindustrie wiederum, die in der Rationalisierung gegenüber dem Ausland zurückgeblieben ist, verlangt einen Schutz Zoll für Möbel in Höhe von 35% des Wertes, weil sie ihre Stellung auf dem Inlandsmarkt gefährdet sieht.

Nachdem die österreichischen Rohholzpreise das ausländische Preisniveau erreicht und zum Teil sogar überschritten haben, könnte auch die vom Finanzministerium verfügte Aufhebung des Zolles für Rund- und Schnittholz preisstabilisierend wirken, besonders wenn sie noch durch Frachtvergünstigungen der Holzeinfuhr ergänzt würde.

In den letzten Monaten wurde die Industrie, insbesondere in den westlichen und südlichen Bundesländern, nur sehr knapp mit inländischem Heizöl beliefert. Es wurde daher erwogen, Heizöl zu importieren und den weit höheren Einfuhrpreis durch einen Zuschlag auf den inländischen Preis zu „stützen“. Dieser Plan wurde fallen gelassen. An seiner Stelle wurde der Zoll für Heizöl (42 S je t) aufgehoben. Anfang Jänner erhöhte die Sowjetische

Mineralölverwaltung ihre Preise für Heizöl, Petroleum und Bitumen, so daß das Handelsministerium mit Wirkung vom 10. 1. 1955 neue Höchstpreise festsetzen mußte, die bei Petroleum um 2% (33 S), bei Heizöl um 7% (35 S) und bei Bitumen um 15% (130 S) über den bisher gültigen Preisen liegen. Dagegen dürfte inländisches Benzin, dessen Preis auch nach der Preissenkung vom Mai über dem ausländischen liegt, durch erhöhte Einfuhren verbilligt werden.

Anfang Jänner 1955 wurde auch der Preis für Fensterglas infolge Kürzung des Fabrikrabattes von 10% auf 5% erhöht. Diese Maßnahme wird mit der Preissteigerung für importierten Quarzsand sowie mit der Holzpreiserhöhung (Verpackungsmaterial) begründet.

Im Anschluß an die Erhöhung der Altmetallpreise wurden rückwirkend ab 15. November auch höhere Gußbruchpreise festgesetzt — eine Folge der allgemeinen Preiskonjunktur für Metalle. Die Häutepreise haben wieder leicht angezogen. Die Eisfabriken und Kühllhallen haben ihre Preise erhöht und dies mit verschiedenen Kostensteigerungen, wie die 6%ige Lohnerhöhung im Juli, die Erhöhung der Bemessungsgrundlage für den Sozialversicherungsbeitrag und die Streichung der Rückvergütung des Versicherungsbeitrages bei Stillstand von Kraftfahrzeugen begründet.

Gleichfalls unter Hinweis auf Lohnerhöhungen haben die Wäschereien ihre Tarife um 5% erhöht. Ab 17. Dezember 1954 wurden in Wien die Kinopreise um durchschnittlich 50 Groschen hinaufgesetzt und die Friseure beschlossen, im Anschluß an die 10%ige Lohnerhöhung im Friseurgewerbe, ihre Preise um 50 Groschen bis 1 S zu steigern.

Hingegen haben im Dezember größere Schweineimporte aus Ungarn, Jugoslawien und Bulgarien die Verbraucherpreise von Fleisch und Speck ermäßigt. Da alle Schweineimporte, die bis 6. Dezember 1954 auf Grund der EPU-Verrechnung bewilligt worden sind, bis Ende Jänner 1955 durchgeführt werden sollen, dürften im Jänner 12.000 Schweine eingeführt werden. Außerdem werden vorderhand keine weiteren EPU-Dollar für Schweineimporte aus dem Osten freigegeben und darüber hinausgehende Einfuhren müßten im Clearingverkehr abgewickelt werden. Es wird erwogen, in Hinkunft Schweineimporte stets freizugeben, sobald die Tendenz zur Überschreitung des Preises von 14 S je kg Lebendgewicht besteht; wird hingegen der Preis von 13,50 S je kg Lebendgewicht unterschritten, so soll er durch Exporte und Interventionskäufe stabilisiert werden. (Siehe Abschnitt *Land- und Forstwirtschaft*, S. 365 ff.)

Größere Mengen von Geflügel wurden aus Jugoslawien, Ungarn und Polen zum Teil zollfrei und ohne Ausgleichsteuer (Gänse, Enten und Trutzhühner), zum Teil zu ermäßigten Zöllen (Hühner) eingeführt, um stärkere Preissteigerungen zu Weihnachten zu vermeiden. Dadurch konnten die Preise bis zu 4 S gesenkt und das Preisniveau des Vorjahres gehalten werden.

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte November bis Mitte Dezember nur ganz geringfügig gestiegen (0,1%). Die Verteuerungen von Holz, Hanf, Jute, Weizen und Roggen wurden durch gleichzeitige Preissenkungen bei Hafer, Baumwolle, Wolle, Zink, Zinn und Kautschuk nahezu aufgewogen. Seit Dezember 1953 ist jedoch der Gesamtindex um 7,8% gestiegen, der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel um 11,8%, der für Industriestoffe um 2,9%.

Beim *Kleinhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes beträgt die Steigerung gegenüber dem Vormonat gleichfalls 0,1%, gegenüber dem Vorjahre 3,6%.

Ein wenig stärker, nämlich um 0,4%, ist bis Mitte Dezember der vom Institut berechnete *Lebenshaltungskostenindex* gestiegen, vor allem infolge saisonbedingter Preiserhöhungen für Gemüse und Obst um 14% und 12%. Außerdem wurde vor allem Kakao um 14% teurer, dagegen Schweinefleisch um 2% und Speckfilz um 3% billiger. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitpunkt beträgt 3%. Die Preiserhöhungen für Friseurleistungen und Lichtspieltheater wurden erst nach der Monatsmitte wirksam und werden daher erst im nächsten Monat in den Lebenshaltungskostenindex eingehen. Sie werden aber den Index nur um 0,3% erhöhen.

Der *Baukostenindex* erhöhte sich von September auf Dezember um 1,2%; dies ist auf die Erhöhung des Holzpreises sowie gewisser Soziallasten zurückzuführen.

Im Dezember gab es weitere *Lohnerhöhungen*, die sich im wesentlichen in den Grenzen der allgemeinen Lohnbewegung seit Jahresbeginn 1954 halten. Wie bereits im letzten Bericht erwähnt¹⁾ wurde, sind mit Monatsbeginn die Löhne der Fleischarbeiter und verwandten Berufe im Ausmaß von 6% bis 10% erhöht worden. Weiters stiegen die Löhne der Friseure, Kosmetiker usw. in Wien und Niederösterreich um 10%, in Oberösterreich um 8%. Ähnlich stiegen in letzter Zeit die Löhne in der Gummi- und Lederbekleidungsindustrie, in der Pelzindustrie und im

¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 11, 1954, S. 325.

Kürschnergewerbe. In den Wiener Privatbädern wurden sie Anfang 1955 um 8% erhöht. Auch wurden in den einzelnen Bundesländern, die in verschiedenen Gewerbezweigen an allgemeinen Lohnerhöhungen zunächst nicht teil hatten, die Löhne nachgezogen.

Im Gußstahlwerk Judenburg erzwang ein Streik eine Annäherung der Regielöhne an das Donawitzer Niveau. Die Angestellten der Böhler-Werke setzten im Dezember mit Streik eine Gehaltserhöhung im Ausmaß eines 14. Monatsgehaltes durch.

Weitere Forderungen sind noch anhängig: Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten strebt ein einheitliches Gehaltsschema und eine Erhöhung der Nebenbezüge an, die nach der Aufwertung der Bezüge zurückgeblieben sind. Auch in den Angestellten- und Beamtenberufen herrscht starke Aktivität: die Journalisten verhandeln über höhere Gehälter, die Akademiker im öffentlichen Dienst, insbesondere die Richter, fordern eine stärkere Aufwertung ihrer Bezüge. Ab Anfang 1955 wurden die Angestelltengehälter in den Reisebüros um 10%, in den gewerblichen Kreditgenossenschaften um 7% erhöht.

Der Index der *Arbeiternettotariflöhne in Wien* (für Verheiratete mit zwei Kindern) stieg durch die Lohnerhöhung der Bäcker (ab 22. November im Ausmaß von 4% bis 6%) um 0,1% und liegt Ende 1954 um 9,2% (ohne Kinderbeihilfe) bzw. um 7,6% (mit zwei Kinderbeihilfen) höher als Ende 1953.

Die neue Senkung der Lohnsteuer (sowie des Zuschlages zur Lohnsteuer von 20% auf 18%) wird im Jahre 1955 die Nettobezüge weiter erhöhen, allerdings viel weniger als im Vorjahre. Insbesondere bei niedrigen Einkommen, deren Steuerbelastung an und für sich relativ gering ist, wirkt sich die Steuersenkung nur minimal auf die Nettobezüge aus. Mit steigendem Einkommen nimmt jedoch auch der Nettozuwachs zu; bei einem monatlichen Bruttolohn- oder Gehaltsbezug von 1.200 S steigt, unter Berücksichtigung aller maßgebenden Faktoren (Werbungskosten, Sozialversicherungsbeiträge usw.), der Nettobezug durch die Steuersenkung in der Steuergruppe II (kinderlos Verheiratete) um knapp 1%, bei einem Einkommen von 1.800 S um 1,5%; bei einem monatlichen Bruttobezug von 5.000 S beträgt die Nettosteigerung 3%, bei 10.000 S 6%. Für Verheiratete mit 2 Kindern, die zuletzt erst von monatlichen Bruttoeinkommen über 1.347 S Steuer gezahlt haben, hat sich diese Grenze auf 1.600 S erhöht¹⁾; da jedoch in diesen unteren Kategorien die bisherige Steuerbelastung in der Steuer-

gruppe III/2 nur ganz gering gewesen ist, wird der Tariflohnindex infolge der Steuersenkung nur um 0,3% steigen.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3.1 bis 3.10

Da strenger Bodenfrost erst um die Jahreswende auftrat, konnten die Feldarbeiten im Flach- und Hügelland großteils beendet werden. Die Herbstsaaten waren im allgemeinen bereits gut entwickelt, als der Winter einsetzte. Überdies liegt die Saat zumeist unter einer Schneedecke, so daß nur geringe Frostschäden zu befürchten sind.

Die *maschinellen Investitionen* in der Land- und Forstwirtschaft, die in den Vorjahren jahreszeitlich stark schwankten, blieben heuer bis in den Spätherbst bemerkenswert stabil. So wurden im Oktober noch 893 und im November 895 neue Traktoren behördlich zugelassen, gegen 774 und 794 Stück im Monatsdurchschnitt des II. und III. Quartals. Der Zugang an neuen Traktoren war im Oktober um 35 und 39% und im November um 51 und 92% größer als in den gleichen Monaten 1952 und 1953.

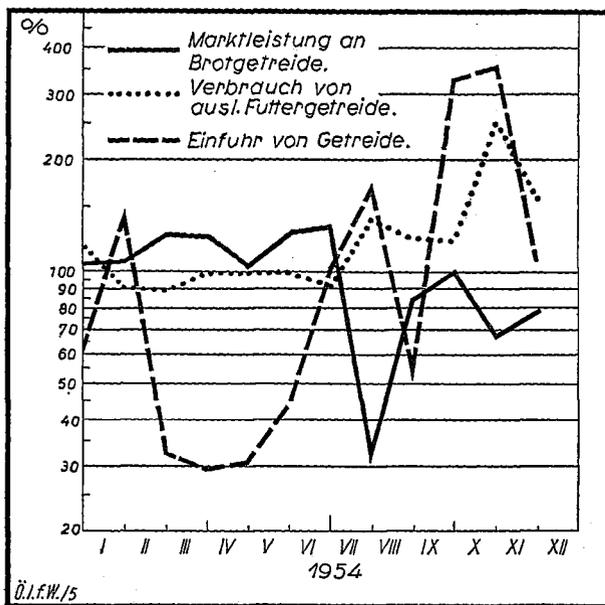
Mit 34.851 t brachte die Landwirtschaft im November um 22% weniger *Brotgetreide* auf den Markt als im gleichen Monat 1953; die Weizenmenge war um 22%, die Roggenmenge um 21% kleiner. Die Marktleistung im laufenden Wirtschaftsjahr blieb bis Ende November um 74.682 t oder 24% — bei Weizen um 20%, bei Roggen um 28% — hinter dem Vorjahr zurück. Da im 1. Halbjahr nur geringe Getreidemengen importiert und die Vorräte vom Jahr 1953 großteils aufgebraucht wurden, waren die Lagerbestände im Herbst viel kleiner als vor einem Jahr. Zwar hielten die Mühlen um 9% mehr Getreide vorrätig (Weizen +12%, Roggen +2%). Da sich aber die übrigen Getreidevorräte (Sperrlager und Silolager) nur auf knapp ein Viertel der Vorjahresmengen beliefen, war der gesamte Lagerbestand um mehr als 150.000 t oder 45% kleiner als im November 1953.

Die Lage auf dem *Futtermittelmarkt* hat sich gegenüber dem Vormonat kaum verändert. Der Verbrauch von ausländischem Futtergetreide lag um ein Drittel über dem vom November 1953, der Lagerbestand um ein Viertel darunter. Ebenso war der Vorrat an Ölkuchen sowie an Kleie und Futtermehl um 20 bis 25% niedriger. Auch auf den internationalen Märkten wurden Kraftfuttermittel wegen der überwiegend schlechten Qualität des im Jahre 1954 geernteten Heues rege nachgefragt. Da das Angebot begrenzt blieb, zogen die Preise an. Ölkuchen und Kleie cif britischem Imorthafen notierten im Durchschnitt 25% höher als im November des Vorjahres. Nur Kokoskuchen wird heuer billiger angeboten.

¹⁾ Vor der Anwendung der Lohnsteuertabelle werden vom Bruttobezug die Sozialversicherungsbeiträge, die Arbeiterkammerumlage und der Wohnbauförderungsbeitrag, zusammen 11%, abgesetzt.

Getreideversorgung in Prozent des Vorjahres

(Logarithmischer Maßstab; Veränderungen in % gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres)



Verschiedene Umstände — große Lagerbestände, hohes Marktangebot an Inlandsgetreide, geringe Nachfrage nach ausländischen Futtermitteln, rückläufige Preise auf den internationalen Märkten — legten nahe, die Getreideimporte im 1. Halbjahr 1954 stark einzuschränken. Sie waren nur etwa halb so hoch wie im 1. Halbjahr 1953.

Da aber die Getreideernte 1954 hinter der vom Vorjahr stärker zurückblieb und die Vorräte aus dem Jahre 1953 größtenteils aufgebraucht wurden, muß nunmehr erheblich mehr Getreide eingeführt werden als im Herbst und Winter 1953/54. Der Mehrbedarf an Auslandsgetreide im Wirtschaftsjahr 1954/55 dürfte etwa 250.000 t betragen, davon zwei Drittel Brot- und ein Drittel Futtergetreide. Voraussichtlich wird man mit dem im Bundesvoranschlag 1955 vorgesehenen Importmengen (620.000 t) und Stützungsbeträgen (223 Mill. S) nur dann das Auslangen finden, wenn die kommende Getreideernte besser ausfällt als die letzte.

Seit September liefert die Landwirtschaft ungefähr die gleichen Milchmengen an die Molkereien wie in den entsprechenden Monaten 1953 — im Oktober um 2,2% mehr, im November gleichviel —, wogegen das Angebot in den Monaten vorher den Vorjahresumfang zum Teil erheblich übertraf (im März z. B. um 18%). In den westlichen Bundesländern blieb die Milchleistung im November hinter der Vorjahresleistung zurück, in den östlichen und südlichen war sie höher¹⁾. Dies dürfte auf Unterschiede in der Qualität des Futters zurückzuführen sein²⁾. Im Okto-

¹⁾ In Vorarlberg (–16%), Salzburg (–9%), Tirol (–9%) und Oberösterreich (–2%) wurde im November weniger Milch, in der Steiermark (+0,4%), in Kärnten (+3%), Niederösterreich (+4%) und im Burgenland (+7%) mehr Milch an die Molkereien geliefert als im November 1953.

²⁾ Das Heu wurde heuer oft verregnet; in Gebieten mit vorherrschendem Ackerbau fällt dies jedoch weniger ins Ge-

ber wurden 0,8% weniger Butter und 5,3% mehr Käse, im November 3,2% und 5% weniger Butter und Käse als in den gleichen Monaten 1953 erzeugt. Bis Ende November kamen insgesamt 1,06 Mill. t Milch (+7,8%) auf den Markt. Die gesamte Marktleistung im Jahre 1954 wird voraussichtlich 1,15 Mill. t gegen 1,07 Mill. t im Jahre 1953 erreichen, um 7,5% mehr. Die Milchproduktion im Jahre 1955 wird weitgehend von Wuchs und Güte des Futters abhängen; wegen der schlechteren Qualität des Rohfutters dürfte die Marktproduktion bis Mai unter dem entsprechenden Vorjahreswert liegen.

Die Fleischversorgung Wiens aus dem Inland blieb auch in den letzten Monaten hinter dem Vorjahr zurück. Die Zufuhren an Schweinen waren im November im Wochendurchschnitt um 20%, an Rindern um 9%, an Kälbern um 22% und im Dezember um 24%, 22% und 17% niedriger als in den gleichen Zeiträumen 1953. Doch ist die gesamte Inlands-Marktleistung an Fleisch nicht in diesem Ausmaß zurückgegangen; vielmehr wurde der erhöhte Bedarf in den Bundesländern aus der Eigenproduktion vorweg gedeckt. Um die Bundeshauptstadt ausreichend zu versorgen, mußte man daher Vieh, hauptsächlich Schweine, einführen. Das gesamte Angebot an Schlachtschweinen in Wien lag im November sogar um 19% und im Dezember um 20% über dem vom Vorjahr. Die starken Schweineauftriebe wirkten marktausgleichend: trotz knappem Angebot gingen auch die Großhandels- und Erzeugerpreise von Rindern und Kälbern zurück. Im Dezember erzielte die Landwirtschaft für Schweine den gleichen Preis, für Rinder — bei teilweise besserer Qualität — jedoch um 25 bis 33% höhere Preise als im Dezember des Vorjahres.

Die vorläufigen Ergebnisse der Schweinezählung vom Dezember zeigen, daß die Landwirtschaft die intensive Nachzucht von Ferkeln bisher noch nicht eingeschränkt hat. Verglichen mit Dezember 1953 ist der Bestand an Ferkeln um annähernd 25%, an Jungschweinen und trächtigen Sauen um 8 bis 9% und der gesamte Schweinebestand um 6% höher gewesen und hat den höchsten Stand seit 1945 überhaupt erreicht. Wohl war die Zahl der Schlacht- und Mastschweine noch um 6% niedriger, doch wird ein Teil der Jungschweine bereits im März schlachtreif werden; zwischen Juni und August wird der größte Teil der Ferkel vom Dezember ausgemästet sein. Der Umfang der gewerblichen Schlachtungen wird dann

wicht, da man dort neben Rohfutter große Mengen Futterrüben, Rübenschnitte und Rübenblätter verfüttert und im allgemeinen auch mehr Kraftfutter verwendet.

stark zunehmen. Den großen Bedarf an Mastfutter im nächsten Sommer sollte man durch ausreichende Importe von Mais und Futtergerste berücksichtigen.

Die Planung der Schweineimporte wurde bereits auf diese Prognosen abgestellt. Da der Fleischverbrauch im Jänner wegen des Wegfalls von Feiertagen und infolge rückläufiger Beschäftigung abnimmt, sollen wöchentlich nur 3.000 Schweine eingeführt werden gegen 5.000 im Dezember. Ab Februar will man die Importe in dem Maße drosseln, als das Angebot aus dem Inland zunimmt. Nur die bis 6. Dezember bewilligten Einfuhranträge werden noch gegen EPU-Währungen verrechnet. Die weiteren Importe will man wieder im Clearingverkehr abwickeln, um einen übermäßigen Preisdruck im Inland durch rückläufige Importpreise abzuschwächen.

Der Vorschlag der Landwirtschaft, den Außenhandel mit Schlacht- und Stechvieh in Zukunft in der Weise zu regeln, daß bei Überschreiten bestimmter Höchstpreise am Wiener Markt automatisch Importe und bei Unterschreiten von Mindestpreisen Interventionskäufe und Exporte durchgeführt werden, könnte zur Stabilisierung der Vieh- und Fleischpreise und damit der Produktion gewiß beitragen. Nur wird man beachten müssen, daß die konjunkturelle Entwicklung in den meisten Ländern Westeuropas ziemlich gleichartig verläuft und Angebot und Preise von Schlachtvieh auch auf den internationalen Märkten oft beträchtlich schwanken. Zeitweilige Überschüsse können zumeist auch im Ausland nur zu niedrigen Preisen abgesetzt werden und Importe wirken bei allgemein gesteigerter Nachfrage oder knapper Produktion nur in beschränktem Umfang preisregulierend. Überdies dürfte Österreich als Handelspartner kaum besonderes Entgegenkommen finden, wenn es Schlachtvieh nur fallweise anbieten kann oder beziehen will.

Um die für Produzenten und Konsumenten gleichermaßen erwünschte Stabilisierung der Vieh- und Fleischmärkte zu sichern, wird man aber schon aus realpolitischen Gründen auf geeignete produktionslenkende Maßnahmen nicht verzichten können, wie sie vom Institut — z. B. zur Berechnung des Schweinezyklus — wiederholt vorgeschlagen wurden. Dies vor allem deshalb, weil einer Automatik bei der Ein- und Ausfuhr von Schlachtvieh die gesetzlichen Bestimmungen über den Außenhandelsverkehr entgegenstehen. So ist der Export von Schlachtvieh schon seit Mai 1954 gesperrt; etwaige Ausfuhr bedürfen nicht nur der Genehmigung des Handelsministers und des Landwirtschaftsministers, sondern auch des Innenministers.

Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Wiewohl Industrie und private Verbraucher heuer bedeutend mehr Brennstoffe und elektrische Energie nachfragten als im vorigen Jahre und die laufende Nachfrage nach Kohle teilweise noch durch Vorratskäufe verstärkt wird, wickelt sich die Versorgung reibungslos ab. Nur der Bedarf an Heizöl konnte gegen Jahresende nicht mehr voll befriedigt werden, weil zu viele Feuerungen auf Heizöl umgestellt wurden, während das inländische Angebot begrenzt blieb.

Die gesamte Stromerzeugung der Kraftwerke der öffentlichen Versorgung war im November mit 613 Mill. *kWh* um 8·1% größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Gegenüber der gleichen Zeit hat die Erzeugung der Wasserkraftwerke um 72 Mill. *kWh* (20·1%) zugenommen und damit annähernd einem Regeljahr entsprochen, während die Dampfkraftwerke um 26 Mill. *kWh* weniger erzeugen mußten. Von der gesamten Erzeugung entfielen im November 69·5% auf Wasser- und 30·5% auf Dampfstrom.

Die Zuwachsrate des Stromverbrauches gegenüber dem Vorjahre, die im ersten Dreivierteljahr noch fast 15% betrug, hat im Oktober und November stark abgenommen, nämlich auf 7·6% und 5·1%. Teilweise ist dies auf den Verbrauchsrückgang in Ranshofen zurückzuführen.

Während die Stromausfuhr im November mit 75 Mill. *kWh* um 13 Mill. *kWh* über der des Vorjahres lag, konnte die Stromeinfuhr (21 Mill. *kWh*) gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 10 Mill. *kWh* eingeschränkt werden.

Trotz starker Beanspruchung der kalorischen Kraftwerke mußten im November nur etwa 15.000 *t* Kohle (SKB) den Vorräten entnommen werden, die dadurch bis Ende November auf 196.000 *t* zurückgingen, aber noch immer um mehr als 40.000 *t* höher waren als im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres.

Wiewohl der heimische Kohlenbergbau seine Förderung stetig ausweitet und im November mit 23.539 Tagestonnen einen neuen Förderrekord erreichte (um 12·1% mehr als im November 1953), mußte auch die Kohleneinfuhr stark gesteigert werden. Sie erreichte im November mit 488.346 *t* einen neuen Höhepunkt und war um 34·9% größer als im gleichen Monat des Vorjahres. Ein großer Teil des Mehrbezuges entfällt auf amerikanische Steinkohlen, aber auch die Kokseinfuhr war fast doppelt so hoch wie im Vorjahre.

Starke Zunahme der Nachfrage nach Brennstoffen meldet nicht nur die Industrie, die mehr bestellte,

weil sie ihre Produktion steigerte und ihre Lager auffüllte, sondern alle übrigen Verbrauchergruppen haben in den letzten Monaten mehr Kohle angefordert. Verkehr und Dampfkraftwerke bezogen im November um 17·4% und 25·9%, die Gaswerke um 53·9% mehr als im gleichen Monat des Vorjahres. Schließlich haben auch die Haushalte trotz des verhältnismäßig milden Wetters im November schon um 29·5% mehr Kohle bezogen und damit die Nachfrage in dem bisher stärksten Monat (starker Frost im Februar 1954) beträchtlich überboten.

Der heimische Bergbau kennt keine Absatzsorgen mehr, im Gegenteil: Sonntagsschichten sollen den Fehlbetrag zwischen Bestelleingang und Liefermöglichkeiten verringern. Trotz verschiedenen Kostenerhöhungen sind die Preise für inländische Braunkohle bisher unverändert geblieben. Besonders die steigenden Preise für Grubenholz und das geringe Angebot macht den Bergbaubetrieben große Sorgen.

Der Absatz an Benzin und Dieselöl ist im November saisonbedingt zurückgegangen, war aber noch immer um 18·8% und 25·1% höher als im November 1953. Hingegen können die Heizöllieferungen den Bedarf nicht mehr decken. Viele Verbraucher mußten sich in der letzten Zeit, sofern dies technisch kurzfristig möglich war, wieder auf Kohlenfeuerung umstellen.

Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 5.1 bis 5.27

Die gute Konjunktur weiter Teile der Industrie hält an. Gegen Jahresende wurden die Lager des Handels und der Industrie durchwegs stark gelichtet. Vielfach nahmen die Umsätze stärker zu, als die Unternehmer erwartet hatten, so daß sich die Produktion selbst dort, wo sie noch hätte gesteigert werden können, als zu gering erwies. Die Erzeugung konnte nicht mehr rechtzeitig den höheren Marktanforderungen angepaßt werden. Wenn sich trotzdem im Boom des Weihnachtsgeschäftes das Warenangebot allgemein nicht ernstlich verknappte, war es in erster Linie dem Umstand zu danken, daß sich der Handel heuer für das Weihnachtsgeschäft reichlich mit ausländischen Fertigwaren eingedeckt hatte. In den Monaten September bis November, in denen für Weihnachten importiert wird, war die Einfuhr an den wichtigsten Konsumfertigwaren um mehr als die Hälfte größer als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die höheren Importe haben nicht nur einen stärkeren Nachfrageüberhang in der Saisonspitze verhindert, sondern auch einen nicht unwesentlichen stabilisierenden Einfluß auf das inländische Preis-

gefüge ausgeübt. Die ausländischen Erzeugnisse waren trotz hohen Zöllen gegenüber jenen der inländischen Produktion in Preis und Qualität durchwegs konkurrenzfähig. Die inländischen Unternehmer können daher bei etwaigen Kostenerhöhungen nur schwer in höhere Preise ausweichen. Vielfach übt sogar die Auslandskonkurrenz trotz Nachfragehauses im Inland einen ständigen Preisdruck aus.

Die Lager sind auf allen Verteilungsstufen zu großen Teilen geräumt. Das dürfte der Industrie weiterhin reichliche Aufträge sichern, selbst wenn die Frühjahrsnachfrage hinter den Erwartungen zurückbleiben sollte. Besonders die Konsumgüterindustrien werden in den Wintermonaten voraussichtlich gut beschäftigt sein. Aber auch die Investitionsgüterindustrien verfügen über reichliche Auftragsbestände und dürften nach der Verlängerung der gesetzlichen Bestimmungen über die begünstigte Abschreibung von Investitionen für das Jahr 1955 auch weiterhin mit hohen Aufträgen rechnen können. Die Hochkonjunktur der besonders exportabhängigen Grundstoffindustrien wird in absehbarer Zeit ebenfalls kaum nachlassen. Die Hausse auf dem europäischen Eisen- und Stahlmarkt hält unvermindert an und die Preise steigen noch immer. Es floriert daher nicht nur der Absatz, sondern auch die Erträge bessern sich ständig. Allerdings besteht die Gefahr, daß die hohen Exportpreise einen zu großen Teil der Produktion vom Inlandsmarkt abziehen und der heimische Bedarf nicht mehr genug gedeckt werden kann. In den übrigen Zweigen wird die zum Teil hohe Exportquote nur gehalten werden können, wenn die Konkurrenzfähigkeit nicht durch Kostensteigerungen beeinträchtigt wird, oder wenn auf dem nicht liberalisierten Sektor der inländische Markt nicht ein größeres Angebot als bisher zu höheren Preisen aufnimmt.

Die Rohstoffversorgung der Industrie stieß bisher auf keine ernsten Schwierigkeiten. Gegen Ende des Jahres wurde ein akuter Mangel an Heizöl fühlbar, der manche Betriebe zwang, ihre Weihnachtsferien vorzuverlegen. Zumeist war es aber möglich, zur Kohlenfeuerung zurückzukehren. Von den inländischen Rohmaterialien und Vorprodukten reichte nur die Holzversorgung, infolge des starken Exportzugs, nicht aus, die Nachfrage zu decken. Vielfach gingen die Nachbestellungen der Betriebe beträchtlich über ihren laufenden Bedarf hinaus, weil man Preissteigerungen und Verknappungen befürchtete. In den Monaten September bis November lag der vom Institut berechnete Index der Rohstoffimporte um 32·9% über der gleichen Vorjahreszeit. Wahrscheinlich werden die gegenwärtig etwas überhöhten Importe in einigen Monaten – wenn die Lager auf-

gefüllt sind — wieder auf ein normales Ausmaß zurückgehen.

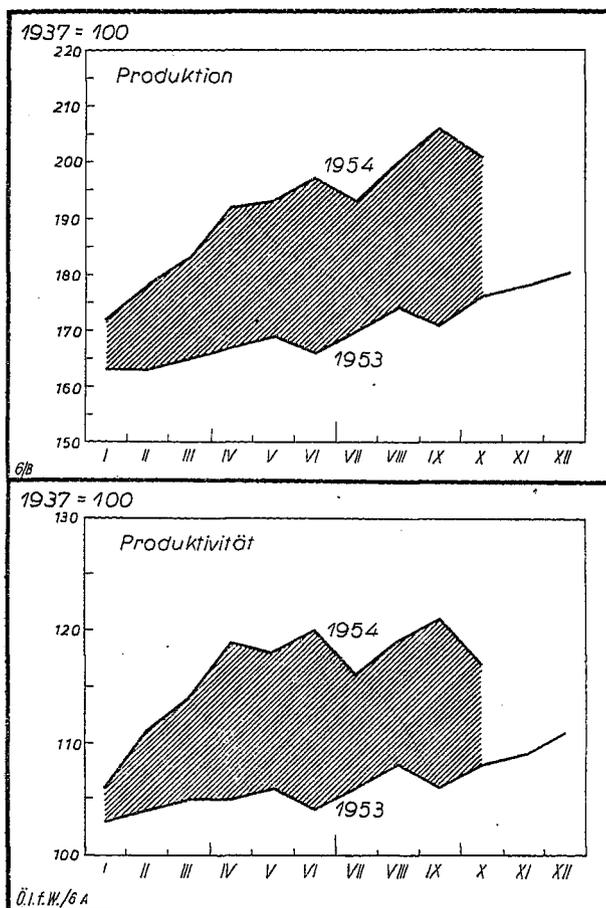
Wiewohl die meisten Branchen auch in den Wintermonaten gut beschäftigt sein werden, wird die saisonbedingte Abschwächung der Nachfrage der Industrie voraussichtlich doch eine Atempause verschaffen. Die Befürchtungen, daß die weitere Ausdehnung der Produktion durch Kapazitäts- und Arbeitskräfteengpässe behindert werden könnte, werden frühestens in der Frühjahrssaison wieder aktuell werden. Inzwischen aber dürfte es vielen Betrieben möglich sein, durch kurzfristige Rationalisierungsmaßnahmen — ohne größere Investitionen — ihre Leistungsfähigkeit zu steigern.

Trotz allgemein guter Konjunktur und hoher Beschäftigung sind auch jetzt noch in vielen Bereichen unausgenützte Leistungsreserven vorhanden. Zwar sind die rationell arbeitenden Betriebe der einzelnen Branchen zumeist voll ausgelastet und können die Produktion kaum mehr steigern. Die weniger gut eingerichteten Betriebe haben dagegen noch immer freie Kapazitäten. Allerdings dürfte das Kostengefälle zwischen den fortschrittlichen und den rückständigen Betrieben so groß sein, daß die noch freien Kapazitäten zu den gegenwärtigen Preisen nicht konkurrenzfähig produzieren könnten. Da die Betriebe außerdem vorwiegend auf die Eigenfinanzierung ihrer Investitionen angewiesen sind, verfügen die weniger rationell arbeitenden Unternehmer auch nicht über genügend liquide Mittel, ihre Betriebe kurzfristig dem höheren Standard der Konkurrenz anpassen zu können. Andererseits besteht für die ertragreichen Unternehmen infolge der Bestimmungen über die vorzeitige Abschreibung ein starker Anreiz, im eigenen Betrieb zu investieren. Dazu kommt noch, daß sie auf Grund ihrer Bonität auch leichter Bankkredite erhalten. Das Kostengefälle zwischen Betrieben der gleichen Branche kann sich daher sogar weiter verschärfen.

Auch von Branche zu Branche ist die Beschäftigung unterschiedlich. Sie ist allerdings durchwegs höher als im Jahre 1953 und hat auch zumeist den Höchststand der Koreakonjunktur erreicht oder überschritten. Der Gesamtindex der Industrieproduktion (saisonbereinigt) war im Oktober mit 201 (1937 = 100) um 14·8% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Stärker stieg die Produktion vor allem in der eisenschaffenden Industrie um 20·1%, den Gießereien um 29·3% sowie in der Fahrzeug-, Maschinen-, Baustoff- und Elektroindustrie um 60·5%, 23·2%, 16·4% und 23·7%. In anderen Zweigen blieb die Erzeugungssteigerung teils aus Kapazitätsgründen,

Entwicklung der Industrieproduktion

(Normaler Maßstab; 1937 = 100)



In den ersten zehn Monaten des Jahres 1954 war das Volumen der Industrieproduktion um 14% größer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Gleichzeitig hat die Zahl der Beschäftigten in der Industrie im Durchschnitt nur um 3% zugenommen, so daß der Index der Arbeitsproduktivität (Produktion je Beschäftigten) um 10% höher war.

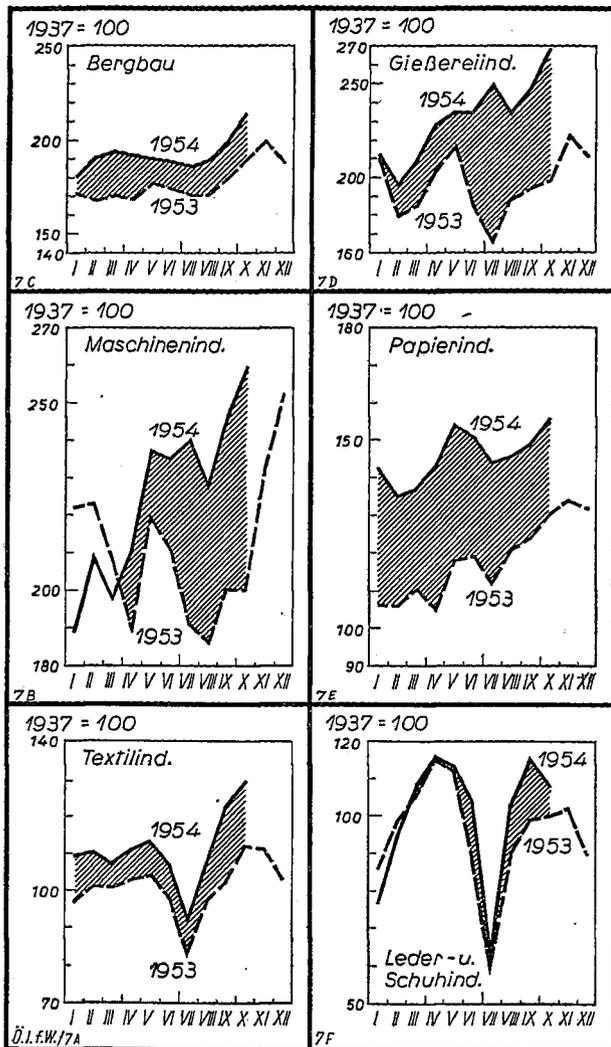
teils wegen geringerer Nachfrage hinter dem Durchschnitt zurück.

Die Bergbauproduktion hat auch im November den hohen Stand der Vormonate wieder überboten und mit 217 (1937 = 100) einen neuen Höchststand erreicht. Im Durchschnitt der ersten 11 Monate 1954 förderten die Bergbaubetriebe um 10·5% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Besonders der Kohlenbergbau ist voll beschäftigt.

Die eisenschaffende Industrie erhält sowohl von der Binnenkonjunktur als auch von der internationalen Konjunktur starke Impulse. Die Inlandsaufträge, die bis zum Herbst nur verhältnismäßig wenig zugenommen hatten, steigen seither sprunghaft und liegen weit über dem Stand des Vorjahres. Die Bestellungen auf Kommerzwalzwaren dürften beträchtlich höher sein als der laufende Bedarf der Verbraucher. Es werden nicht nur die Lager aufgefüllt, sondern

Produktion in wichtigen Industriezweigen

(Normaler Maßstab; 1937 = 100)



Alle Industriezweige — ausgenommen die Tabakindustrie — sind an der Konjunktur beteiligt. Die Belebung setzte nur zu verschiedenen Zeiten und verschieden stark ein. Überdurchschnittlich stark stieg die Produktion vor allem in der eisenschaffenden Industrie, in den Gießereien, und in der Fahrzeug-, Maschinen-, Baustoff- und Elektroindustrie. In den anderen Zweigen blieb sie teils aus Mangel an Kapazität, teils wegen geringerer Nachfrage hinter dem Durchschnitt zurück.

auch „Sicherheitsaufträge“ erteilt. Die Besteller fürchten, später nicht mehr ausreichend beliefert zu werden, da sich die heimischen Eisenwerke infolge der steigenden Weltmarktpreise für Walzware mehr den einträglicheren Exportgeschäften zuwenden könnten. Der Export von Walzmaterial wäre derzeit praktisch unbegrenzt möglich. Die europäischen Eisenwerke haben, sofern sie überhaupt noch Aufträge übernehmen, lange Lieferfristen. Die im Export erzielbaren Preise sind durchwegs höher als die Inlandspreise.

Die Bestände der Kommerzeisenwerke an Inlandsaufträgen entsprechen zwar gegenwärtig nur etwa den Lieferungen von 4 Monaten, sie sind jedoch für die einzelnen Sorten sehr verschieden. Während bei Walzdraht, Grob- und Mittelblechen die Lieferfristen kaum 2 Monate betragen und die Feinblechaufträge für 3 bis 4 Monate reichen, sind die Lieferfristen bei Formeisen und Façoneisen erheblich länger, obwohl in diesem Sektor nur wenig exportiert wird.

Die Roheisenexporte, die im Jahre 1954 weit hinter jenen von 1953 zurückgeblieben waren, dürften sich Anfang Jänner 1955 durch neuerliche Lieferungen nach England stärker beleben.

Von Jänner bis Oktober 1954 produzierten die Werke der eisenschaffenden Industrie um 24% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Während die Roheisenerzeugung nur um 2,7% höher war, stieg die Erzeugung von Rohstahl und Walzwaren um 31,9% und 31,8%. Von der Mehrererzeugung an Walzwaren (199.900 t) entfielen 141.720 t (70,9%) auf Feinbleche. Nur die Erzeugung von Grobblechen war um 25.240 t geringer als im Jahre 1953.

In der Gießereindustrie hält die Konjunktur an. Ihr Produktionsindex erreichte im Oktober mit 262 (1937 = 100) einen neuen Höchststand und war um 29,3% höher als im Oktober 1953. Die Versorgung mit Rohstoffen und Vormaterial funktioniert trotz höherem Bedarf klaglos. Nur Gußbruch ist ständig knapp. Die verhältnismäßig niedrigen Inlandspreise bieten nur wenig Anreiz zum Sammeln, Importe sind schwer erhältlich und außerdem zu teuer. Die heftige Preiskonkurrenz, die noch während des ersten Halbjahres wegen schlechten Geschäftsganges gemeldet wurde, hat infolge der guten Beschäftigung der Gießereibetriebe aufgehört.

Die Metallhütten sind ebenfalls nach wie vor gut beschäftigt. Die saisonbedingte Drosselung der Aluminiumerzeugung (von 6.353 t im September auf 5.099 t im Oktober) senkte zwar den Index um 19%; er war aber noch immer etwas höher als im Vorjahr. Die Blei- und Kupfererzeugung hielt ihr durch die vorhandene Kapazität begrenztes Niveau.

Die Buntmetall-Halbzeugindustrie ist durch Inlandsaufträge gut ausgelastet. Der Export beschränkt sich in dieser Sparte auf wenige Spezialerzeugnisse, die allerdings ebenfalls stärker nachgefragt werden. Aluminium-Halbzeug wird in weit größeren Mengen ausgeführt, weil hier die Kapazität weit über den Inlandsbedarf — der allerdings ständig steigt — hinausgeht. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1954 wurden 25.870 t Aluminium und Aluminium-Halbzeug exportiert. Das sind etwa 50% der Erzeugung.

Auf den europäischen Märkten für Aluminium macht sich jedoch noch immer eine ziemlich starke überseeische Konkurrenz bemerkbar, die bisher eine Preiskonjunktur verhinderte.

Der Boom auf dem *Fahrzeugmarkt* hält unvermindert an. Im November wurden 3.109 Personenkraftwagen importiert, die bisher höchste Zahl. (Im gleichen Monat des Vorjahres waren, entsprechend der geringeren Nachfrage in den Wintermonaten nur 533 Stück eingeführt worden.) Ein erheblicher Teil der Importe dürfte seit Oktober (Übergang zum Wertzolltarif) auf gebrauchte Wagen entfallen¹⁾. In den letzten drei Monaten, für die Zahlen vorliegen (September bis November), wurden 6.361 Personenkraftwagen neu zum Verkehr zugelassen, fast dreimal so viel wie in den gleichen Monaten des Vorjahres. Die Zahl der Nutzkraftwagen stieg in der gleichen Zeit um mehr als 90% (von 1.419 auf 2.750 Stück), während Motorräder nur um 31% (von 10.997 auf 14.415 Stück) mehr zugelassen wurden. Die verhältnismäßig geringe Zunahme von Motorrädern hat verschiedene Gründe. Die Nachfrage nach Motorrädern wurde schon vor der Liberalisierung von einer leistungsfähigen Inlandsindustrie zu verhältnismäßig günstigen Preisen gedeckt. Es bestand zwar noch lange Zeit ein beträchtlicher Nachfrageüberschuß, weil die Produktion mit den Kaufwünschen nicht immer Schritt halten konnte. Während aber die Liberalisierung und später die Zollsenkung die Preise für Personenwagen so bedeutend senkten, daß neue Käuferschichten erschlossen werden konnten, sind die Motorräder aus der heimischen Erzeugung nach wie vor erheblich billiger als ausländische Erzeugnisse. Die Preise der schweren ausländischen Maschinen erreichen zum Teil fast jene der billigeren Kleinwagen und kommen daher nur für eine relativ kleine Käuferschicht in Frage. Motorräder bis zu 250 *ccm* Hubvolumen wurden im Interesse der heimischen Erzeugnisse bisher noch nicht liberalisiert, sie wären aber bei den gegenwärtigen Preisen ebenfalls teurer als die inländischen Produkte. Auch eine Zollsenkung (ähnlich wie bei den Personenautos) würde sich bei den Motorrädern wegen ihres relativ geringen Gewichtes bei weitem nicht so stark auswirken wie bei den Personenwagen. Dazu kommt noch, daß der Markt mit Motorrädern schon stärker gesättigt ist als mit anderen Kraftfahrzeugen. Während Österreich nach der Zahl der Motorräder pro Kopf der Bevöl-

kerung mit Deutschland in der Spitzengruppe unter den europäischen Ländern steht, rangiert es mit seiner Kopfquote an Personenkraftwagen nach dem Mittelfeld.

In der *Maschinenindustrie* hat sich die Lage seit dem Vormonat nicht geändert. Die Produktion liegt weiter beträchtlich — im Oktober um 23'2% — über dem Vorjahresstand. In vielen Sparten reichen die Auftragsbestände bis weit in das nächste Jahr. Die Verlängerung des Exportförderungsgesetzes um ein Jahr läßt dank der anhaltend guten Konjunktur in den meisten Branchen auch in Zukunft eine rege Investitionstätigkeit erwarten. In den besonders gut beschäftigten Zweigen der Maschinenindustrie wird der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften eine weitere Ausdehnung der Produktion erschweren.

Die *Elektroindustrie* ist in allen Sparten ausgezeichnet beschäftigt. Die Starkstromindustrie ist voll ausgelastet und hat Mühe, mit den vorhandenen Einrichtungen und Arbeitskräften die Inlands- und Exportorders zu erfüllen. In der Schwachstromindustrie nimmt die Produktion ebenfalls zu. Hier sind allerdings vielfach große Überkapazitäten vorhanden, die auch bei noch besserer Konjunktur nicht voll beschäftigt werden können. Die Nachfrage nach inländischen Haushaltgeräten ist trotz Liberalisierung der Einfuhr und starker ausländischer Konkurrenz seit dem Vorjahr um ein Mehrfaches gestiegen. Von Jänner bis Oktober produzierte die Elektroindustrie um 21% mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, im Oktober allein um 23'7% mehr.

Die hohen Auftragsbestände in der Bauwirtschaft ermöglichten heuer eine ungewöhnlich lange Bau-saison. Da außerdem die Witterung günstig war, wurde die *Bautätigkeit* erst gegen Ende des Jahres stärker eingeschränkt. Sie dürfte heuer aber auch in den Wintermonaten beträchtlich über der des Vorjahres liegen. Von Jänner bis Oktober hat die *Baustoffindustrie* heuer um 22% mehr Baumaterialien geliefert als im Vorjahr. Da außerdem zu Jahresanfang noch Lagerbestände vorhanden waren, die in der Frühjahrssaison abverkauft wurden, und zu Jahresende kaum mehr nennenswerte Lager verfügbar waren, dürften im Jahre 1954 annähernd um 25% mehr Baustoffe verbaut worden sein als im Jahr vorher.

In der Natursteinindustrie häuften sich infolge hoher öffentlicher Aufträge für Straßen-, Eisenbahn- und Wasserbauten die Bestellungen. Im Höhepunkt der Herbstsaison traten sogar Lieferschwierigkeiten ein. Bei gleichmäßiger Verteilung der Aufträge reichen die Kapazitäten in diesem Sektor allerdings bei weitem aus, auch einen noch höheren Bedarf zu

¹⁾ Weder die Außenhandelsstatistik, noch die Statistik der Zulassungen von Kraftfahrzeugen gibt an, ob die importierten bzw. neu zugelassenen Fahrzeuge neu oder gebraucht waren. Es ist daher nicht möglich, den Anteil des Importes von Gebrauchtwagen am Gesamtimport anzugeben.

decken. Ähnliches gilt für die meisten übrigen Zweige der Stein- und keramischen Industrie. Nur die Kapazität der Zementindustrie war heuer voll ausgelastet. Im Herbst wurde Baumaterial nur deshalb verschichtlich knapp, weil die Unternehmer zu Saisonbeginn nicht mit einer so stürmischen Entwicklung der Nachfrage gerechnet hatten und sich später nicht mehr rasch genug umstellen konnten.

Wiewohl die *Papierindustrie* seit mehr als Jahresfrist voll beschäftigt ist, gelingt es ihr durch rationellere Ausnutzung der vielfach mit ERP-Hilfe erweiterten und modernisierten Anlagen die Produktion noch immer etwas zu steigern. Im Durchschnitt Jänner bis November war die Produktion um 25,1% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Auch die *Textilindustrie* konnte in den letzten Monaten ihre Produktion erhöhen. Der saisonbereinigte Index der Textilproduktion war im Oktober um 16% höher als im gleichen Vorjahresmonat, im Durchschnitt Jänner bis Oktober dagegen nur um 11%. Die Absatzchancen im Weihnachtsgeschäft dürften zum Teil zu ungünstig beurteilt worden sein. Vielfach konnten Nachbestellungen des Handels im Höhepunkt des Weihnachtsgeschäftes nicht mehr erfüllt werden, weil die Erzeuger nicht über ausreichende Lager verfügten.

Die ausländische Konkurrenz hat in letzter Zeit auf dem Inlandsmarkt stark aufgeholt. Trotz hohem Zollschatz waren die ausländischen Textilien durchwegs konkurrenzfähig und üben einen erheblichen Druck auf die Inlandspreise aus. In den letzten Monaten dieses Jahres waren die Importe von Textilfertigwaren fast doppelt so hoch wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Ihr Anteil an der Versorgung des heimischen Marktes dürfte auf etwa 15% gestiegen sein. In einzelnen Sparten, wie z. B. in der Seidenwebwarenindustrie, ist er jedoch noch weit höher.

Umsätze und Verbrauch

Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Im November war der Geschäftsgang des Einzelhandels besser, als saisongemäß erwartet werden konnte. Während die Gesamtumsätze in den Jahren 1951 und 1952 von Oktober auf November um 9% und 5% fielen und im Jahre 1953 unverändert blieben, nahmen sie heuer um 2% zu. Das Umsatzergebnis von November 1953 wurde wertmäßig um 18%, mengenmäßig um etwa 13% übertroffen. Nach bisher vorliegenden Firmenmeldungen war auch das Weihnachtsgeschäft sehr befriedigend. Die Umsätze waren im Dezember wert- und mengenmäßig durchwegs beträchtlich höher als im Vorjahr.

Die konjunkturelle Belebung der Einzelhandelsumsätze, die schon seit 1953 anhält, hat sich in den letzten Monaten des Jahres 1954 merklich verstärkt. Die Mengenumsätze, die im I. Quartal 1954 nur um 11% höher waren als im Jahre 1952, lagen im Oktober und November bereits um 22% darüber. Das Umsatzvolumen von 1953 wurde im I. Quartal um 5%, im Oktober und November aber schon um 12% übertroffen. Die steigende Tendenz der Umsätze beruht vor allem auf der zunehmenden Nachfrage nach Möbeln und Wohnbedarf sowie Lebensmitteln, während der Absatz von Textilien und Schuhen, der vielfach ungünstigen Wettereinflüssen unterworfen war, stark schwankte.

Mengenumsätze des Einzelhandels¹⁾

	1954 gegen 1952			1954 gegen 1953				
	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	I. Quartal	II. Quartal	III. Quartal	Oktober/Nov.	
Lebensmittel ...	+19'1	+20'2	+27'3	+29'8	+11'6	+14'4	+15'7	+20'7
Tabakwaren....	-18'8	- 7'1	- 6'2	- 5'7	-19'4	- 8'2	- 7'9	- 9'2
Textilien	+20'4	+24'4	+10'5	+30'8	+ 5'1	+10'2	+ 0'4	+ 8'7
Schuhe	+14'2	+ 5'8	+12'4	+21'6	+ 3'2	+ 8'9	- 0'3	+13'4
Möbel u. Wohnbedarf	+ 4'2	+19'6	+24'1	+28'4	+11'6	+24'9	+11'6	+11'6
Sonstige	+21'7	+17'4	+16'1	+23'7	+ 8'8	+14'9	+ 7'3	+14'1
Insgesamt ...	+10'7	+14'7	+16'5	+22'3	+ 4'6	+10'2	+ 7'4	+11'8

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen mit dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit einigen Adaptierungen).

Die lebhaftere Nachfrage der Konsumenten in den letzten Monaten ist hauptsächlich auf die Lohn- und Gehaltserhöhungen verschiedener, meist größerer Arbeitnehmergruppen (öffentliche Bedienstete, Textil-, Schuh-, Gerberei-, Lederwaren-, Bekleidungs-, Lebens- und Genußmittelarbeiter), auf die Auszahlung der 13. Monatsrente und die bessere Beschäftigung zurückzuführen. Die Kaufkraft wurde aber auch durch das wachsende Angebot an Kundenkrediten, mit bequemen Teilzahlungsmöglichkeiten, sehr gefördert. Es scheint, daß auch die Konsumneigung der Bevölkerung zugenommen hat. Tatsächlich haben in den letzten Monaten die Wertumsätze gegenüber dem Vorjahr weitaus stärker zugenommen (+15%) als die Arbeitnehmereinkommen (schätzungsweise 13%).

Da sich der Handel mit Winter- und Weihnachtsware bereits frühzeitig eingedeckt hatte, sind nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes die Wareneingänge im November im allgemeinen weniger gestiegen als die Umsätze; vielfach haben sie sogar abgenommen. Im Dezember jedoch zeigte sich, daß der Lagerabbau in vielen Fällen zu groß war, so daß vor den Feiertagen manche Geschäfte verschiedene Käuferwünsche nicht mehr erfüllen konnten. Auch die Erzeuger konnten manche Nachbestellungen nicht mehr ausliefern. Aus diesem Grunde ist zu er-

warten, daß der Handel für die Frühjahrssaison großzügiger disponieren wird.

Die einzelnen Betriebsformen und Branchen schnitten im November sehr unterschiedlich ab. Die Umsätze der Warenhäuser, deren Sortiment überwiegend aus Textilien und Bekleidung sowie verschiedenen Geschenkartikeln besteht, die sehr gefragt waren, nahmen um 19% zu (1952 um 12%, 1953 um 17%). Sie waren wertmäßig um 26% höher als im Vorjahr. Dagegen haben die Konsumgenossenschaften, bei denen Nahrungs- und Genußmittel überwiegen, um 8% weniger verkauft als im Vormonat. Der Umsatzrückgang gegenüber Oktober war jedoch geringer als in den vergangenen Jahren (10 bis 11%). Die Umsätze von November 1953 wurden um 12% überschritten.

Von den erfaßten Branchen erzielte vor allem der Handel mit Textilien und Bekleidung dank dem kalten Wetter bessere Umsätze, als saisongemäß zu erwarten war. *Textilien* wurden um 5% mehr verkauft als im Oktober, während ihre Verkäufe gewöhnlich im November stärker zurückgehen (um 10 bis 30%). Die Umsätze von November 1953 wurden wert- und mengenmäßig um etwa 10% übertroffen. Das Hauptinteresse der Konsumenten galt warmer Wäsche, Strick- und Meterwaren. Oberbekleidung, insbesondere für Herren, war verhältnismäßig wenig gefragt. Der Wareneingang war durchwegs geringer als im Oktober und die Lager lichteteten sich bereits im November merklich. Da auch die Warenbestellungen meist abgenommen haben, waren vor den Feiertagen viele Geschäfte in einzelnen besonders gefragten Waren ausverkauft. Es ist daher damit zu rechnen, daß heuer das Warenangebot bei den Inventurverkäufen geringer sein wird als im Vorjahr.

Die Umsätze von *Schuhen*, die in den Jahren 1951 und 1952 von Oktober auf November um 15% und 4% gefallen und im Jahre 1953 um 4% gestiegen waren, nahmen heuer um 11% zu. Sie waren um 17% höher als im November 1953. Der günstige Geschäftsgang des Schuhhandels dürfte zum Teil der gemeinschaftlichen Werbeaktion „Praktisch denken – Schuhe schenken“, die im November im ganzen Bundesgebiet angelaufen ist, zuzuschreiben sein. Da die Wareneingänge im November nur geringfügig stiegen und die Bestellungen durchwegs abnahmen, war das Warenlager im Dezember teilweise unzureichend. Die Nachbestellungen bei der Industrie konnten jedoch meist prompt ausgeliefert werden.

Auch der Geschäftsgang des Handels mit *Möbeln*, *Teppichen* und *Gardinen* war übersaisonnmäßig günstig. Die Umsätze nahmen um 2% zu, während sie in den vergangenen Jahren um 2 bis 20% gefallen

waren. Sie lagen wertmäßig um 19%, mengenmäßig infolge der höheren Möbelpreise aber nur um etwa 15% über denen von November 1953.

Die Verkäufe der unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten Branchen, in denen das Weihnachtsgeschäft meist schon im November beginnt, nahmen um 55% zu (in den Vorjahren um 24 bis 47%). Sie lagen wertmäßig um 23% und mengenmäßig um etwa 16% über dem Vorjahresstand. *Lederwaren* wurden um 27%, *Papierwaren* um 18%, *Spielwaren* um 233% und *Photogeräte* um 6% mehr verkauft als im Oktober. Nur die Umsätze von *Parfumerie- und Drogeriewaren* (– 3%) sowie von *Büchern* (– 8%) nahmen ab. Die Erlöse des Vorjahres wurden in allen Branchen, ausgenommen im Buchhandel, überschritten.

Die *Lebensmittelumsätze* nahmen saisonbedingt um 6% ab, der Rückgang war jedoch geringer als in anderen Jahren (7 bis 9%). Das Umsatzvolumen des Vorjahres wurde um etwa 15 bis 20% übertroffen. Auch die Verkäufe von *Tabakwaren* gingen heuer weniger zurück (– 6%) als in den Vorjahren (– 12 bis – 15%). Trotzdem wurden die Umsätze von November 1953 mengenmäßig noch um 6% unterschritten.

Hausrat, Glas, Porzellan wurden um 5% weniger verkauft als im Oktober (1952 um 13%, 1953 um 1% weniger), aber um 12% mehr als im Vorjahr. Da insbesondere die Preise für Porzellan dank der Liberalisierung seit dem Vorjahr merklich gesunken sind, haben die Mengenumsätze noch stärker zugenommen.

Das Bruttoaufkommen an *Umsatzsteuer* (einschließlich Rückvergütung) ist im November um 3% auf 530 Mill. S gestiegen und war um 14% höher als im Vorjahr. Demgegenüber haben die Einzelhandelsumsätze im Oktober um 18% zugenommen und lagen wertmäßig um 16% über dem Vorjahresstand.

An *Verbrauchssteuern* gingen im November 188 Mill. S ein, um 12% weniger als im Vormonat, aber um 6% mehr als im November 1953. Die Erträge der Tabak- (– 14%), Bier- (– 25%), Wein- (– 2%), Zucker- (– 5%), Salz- (– 19%) und Mineralölsteuer (– 7%) waren geringer, die der Leuchtmittel- (+ 12%), Essigsäure- (+ 48%), Spielkarten- und Schaumweinsteuer (+ 8%) höher als im Oktober. Gegenüber dem Vorjahr sind vor allem die Eingänge an Mineralöl- (+ 27%), Wein- (+ 76%), Zucker- (+ 21%) und Biersteuer (+ 2%) gestiegen, während die Tabaksteuer um 9% weniger einbrachte.

Die seit Mitte 1954 beobachtete Zunahme der Nachfrage nach *Milch und Molkereiprodukten*¹⁾ hielt auch in den letzten Monaten an. Von Septem-

1) Siehe Monatsberichte Nr. 9, Jg. 1954, S. 275.

ber bis November wurden um 2% mehr Trinkmilch, um 17% mehr Sauerrahm und um 20% mehr Schlagobers abgesetzt als im Vorjahr. Da aber die Marktleistung an Milch in diesen drei Monaten nur etwa gleich hoch war wie vor einem Jahr, mußte die Erzeugung von Butter um 3%, die von Käse um 1% und von Topfen um 5% eingeschränkt werden.

Der Rückgang der Buttererzeugung wirkte sich allerdings nur auf Vorräte und Exporte aus. Der Verbrauch war dagegen um 4% höher als im Vorjahr, da noch immer mehr Butter erzeugt als abgesetzt wurde. Die Differenz verminderte sich allerdings von 16% im September bis November 1953 auf 8% in der gleichen Zeit 1954. Vor den Feiertagen reichten jedoch die inländische Buttererzeugung und der Vorrat zur Deckung des erhöhten Bedarfs nicht mehr aus, so daß wieder Buttereinfuhren notwendig wurden¹⁾.

Die Sorgen um die Verwertung von Magermilch haben sich in letzter Zeit weiter verringert. Da die verarbeitenden Betriebe (Bäcker, Süßwarenerzeuger) durchschnittlich 760 t im Monat abnehmen, konnte der Magermilchabsatz in den Monaten September bis November gegenüber dem Vorjahr um 31% gesteigert werden. Gleichzeitig ist dank dem höheren Trinkmilchabsatz und der geringeren Buttererzeugung der Anfall von Magermilch zurückgegangen. Die Rückgabe von Magermilch an die Produzenten konnte dadurch etwas eingeschränkt werden.

Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Molkereiprodukten²⁾

	September bis November		1954 in % von 1953
	1953	1954 ³⁾	
	Monatsdurchschnitte in t		
Marktproduktion			
Milch	92.607	93.022	100'4
Butter	1.978	1.911	96'6
Käse	936	930	99'4
Topfen	544	519	95'4
Absatz			
Trinkmilch	41.259	42.067	102'0
Magermilch	1.881	2.455	130'5
Butter	1.704	1.772	104'0
Schlagobers	141	169	119'9
Sauerrahm	243	283	116'5

¹⁾ Nach Angaben des Milchwirtschaftsfonds. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Infolge größerer Schweineimporte (5.098 Stück je Woche) und Kälberanlieferungen war das gesamte Fleischangebot in Wien im Dezember um 6% höher als im November und um etwa 5% höher als im Dezember 1953, obwohl der Rinderauftrieb stark ab-

genommen hat. Dadurch konnte der erhöhte Feiertagsbedarf im allgemeinen zu den gleichen Preisen wie im November gedeckt werden. Die Verbraucherpreise für Schweinefleisch gaben sogar vereinzelt etwas nach.

Dank höheren Importen (insbesondere von Kraut) war das Gemüseangebot in Wien im November um 11%, im Dezember um 28% höher als im Vorjahr. Trotzdem waren die Verbraucherpreise für Gemüse durchwegs höher als im Vorjahr (meist um 20 bis 50%). Dagegen war das Angebot von Obst wegen geringerer Einfuhren im November um 8% und im Dezember um 2% niedriger als vor einem Jahr. Während die Preise für inländisches Obst etwa gleich hoch waren wie im Vorjahr, lagen die für Südf Früchte (Orangen, Maroni) meist darüber; nur Bananen waren billiger.

Arbeitslage

Dazu Statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Der saisonbedingte Rückschlag auf dem Arbeitsmarkt war bis Ende Dezember bedeutend schwächer als in früheren Jahren. Gegen 1953 (1951) wurden im November und Dezember um fast ein Drittel (ein Fünftel) weniger Arbeitskräfte entlassen. Zum Jahresende gab es noch immer fast 2 Millionen Beschäftigte, nahezu 120.000 (41.000) mehr als Ende 1953 (1951). Auch die Zahl der Stellensuchenden stieg im November und Dezember weniger stark als im Jahre 1953 (jedoch etwas stärker als im Jahre 1951). Ende Dezember waren um 66.500 Personen weniger vorge- merkt als Anfang Jänner³⁾.

Der Arbeitsmarkt im November und Dezember

Zeit	Beschäftigte	Veränderung gegen Vormonat	Veränderung gegen Vormonat		Arbeitskräfteangebot	Veränderung gegen Vormonat	
			Vorge-merkte Stellen-suchende	in 1.000 Personen			
1951	XI.	2.031'7	-19'4	93'1	+21'0	2.124'8	+ 1'6
	XII.	1.956'9	-74'8	152'3	+59'1	2.109'1	-15'7
1953	XI.	1.960'3	-32'3	170'6	+33'4	2.130'9	+ 1'1
	XII.	1.878'5	-81'8	244'0	+73'4	2.122'5	- 8'3
1954	XI.	2.060'8	-15'2	117'1	+21'9	2.177'9	+ 6'8
	XII. ¹⁾	1.997'9	-62'9	177'5	+60'5	2.175'4	- 2'5

¹⁾ Vorläufige Zahlen.

Das Arbeitskräfteangebot (Beschäftigte plus Arbeitsuchende) erreichte im November mit 2.177.900 den höchsten Stand des Jahres. Es ging im Dezember schwach zurück und war um 52.900 höher als vor einem Jahr. Im Durchschnitt 1954 lag es um 36.700 und 38.300 höher als in den Jahren 1953 und 1951. Bei anhaltender Konjunktur dürfte es auch im Jahre 1955 weiter steigen, wenn auch vermutlich nicht mehr

³⁾ In größeren Mengen wurde Butter zuletzt im III. Quartal 1953 eingeführt, obwohl schon damals die inländische Buttererzeugung nicht mehr voll abgesetzt werden konnte. Seither wurde dagegen Butter exportiert (in den ersten drei Quartalen 1954 2.189 t).

²⁾ Alle Zahlen für Dezember 1954 sind vorläufig.

so stürmisch wie im Vorjahr. Die Zahl der Beschäftigten wird voraussichtlich weniger stark zunehmen. Andererseits werden mit fortschreitender Ausschöpfung der „sichtbaren“ Arbeitslosenreserven neue Arbeitskräfte – insbesondere Frauen – aus „stillen“ (in der Statistik bisher nicht aufscheinenden) Arbeitskraftbereichen das Angebot vermehren. Auch der Zustrom von Jugendlichen dürfte nur wenig nachlassen. Zwar ist der Geburtenjahrgang, der im Sommer 1955 schulpflichtig wird, mit 127.100 um 14.300 schwächer als der letzte Jahrgang, doch wurde dieser erst zum Teil in die Wirtschaft eingegliedert.

Die Zahl der *Beschäftigten* sank im November um 15.200 (0,7%) auf 2.060.800, im Dezember um 62.900 (3,1%) auf 1.997.900. Da nur relativ wenige Arbeitskräfte entlassen wurden, stieg der Vorsprung der Beschäftigung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat von 83.500 Ende Oktober auf 119.400 Ende Dezember. Zu dieser Zeit wurden auch bereits um 41.000 Personen mehr beschäftigt als im Dezember 1951. Im Jahresdurchschnitt war die Beschäftigung um 56.500 höher als im Vorjahr, aber noch um 8.900 niedriger als im Jahre 1951.

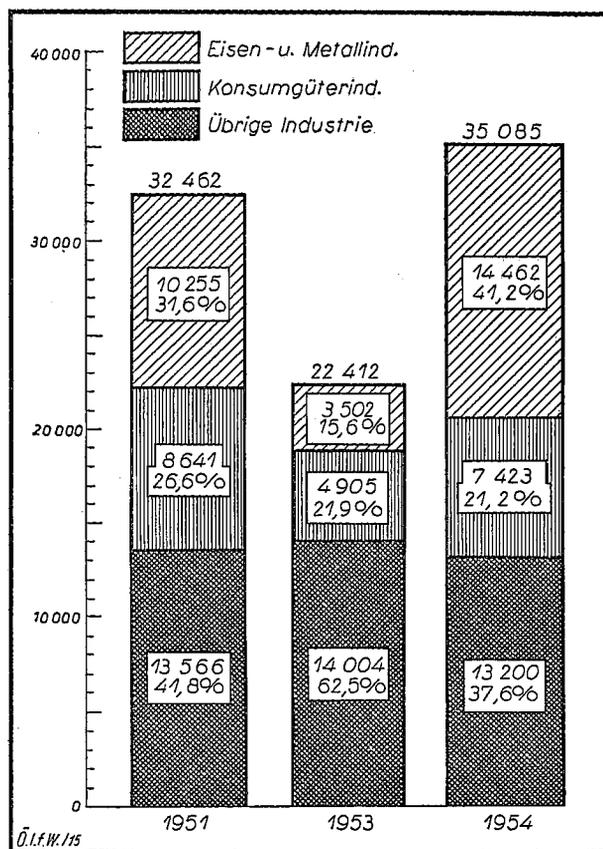
Die Land- und Forstwirtschaft, die im Oktober um 1.000 Arbeitskräfte weniger freigesetzt hatte als im Jahr vorher, verringerte ihre Beschäftigung im November etwas stärker, nämlich um 8.900 auf 199.700 (im Vorjahr um 8.600 auf 207.900). Außerordentlich wenig ging die Beschäftigung in der gewerblichen Wirtschaft zurück; um 6.200 gegen 23.900 im November 1953 und 11.500 im November 1951. Die Zahl der Angestellten nahm saisonbedingt um 3.500 zu, jene der Arbeiter sank um 9.800. Ende November waren mit 1.594.500 um 106.600 Arbeitskräfte mehr in der gewerblichen Wirtschaft tätig als im Vorjahr. Die Arbeitslage bei Bahn, Bund und Gemeinde Wien blieb im wesentlichen unverändert. In Wien und Vorarlberg ist die Zahl der Beschäftigten sogar im November noch leicht gestiegen.

In der gewerblichen Wirtschaft konnten – laut Index der Arbeiterkammer für 1.678 repräsentative Groß- und Mittelbetriebe – im November (Anfang Oktober bis Anfang November) Bergbau, Eisen- und Metallindustrie, chemische Industrie, Textilindustrie, Handel sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie (Zuckerkampagne) noch in nennenswertem Umfange neue Kräfte einstellen. Der Index dürfte im November mit 198,9 (März 1954 = 100) den höchsten Stand von 1954 erreicht haben. Er liegt um 5,2% über dem Höchststand von 1953.

Den Beschäftigungsdaten der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft zufolge erhöhte sich die Be-

Zunahme der Industriebeschäftigung von März bis September

(Normaler Maßstab; in 1.000 Personen)



Während im Jahre 1951 die erhöhte Nachfrage nach Konsumfertigwaren stark zur Konjunktur beitrug, wurde die Belebung der Konjunktur im Frühjahr und Sommer 1954 in erster Linie von den Investitionsgüterindustrien getragen. Von Ende März bis Ende September nahm die Beschäftigung in der Leder-, Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie um 14% weniger zu als im Jahre 1951, in der Eisen- und Metallindustrie (einschließlich der Hüttenwerke) jedoch um 41% stärker. Gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1953 war die Zunahme in diesen Investitionsgüterindustrien viermal, in den angeführten Konsumgüterindustrien aber nur um die Hälfte größer.

schäftigung in der Industrie von ihrem Saisontiefpunkt im März bis Ende September um 35.100 gegen 32.500 im Jahre 1951. Im Jahre 1951 entfielen 26,6% der Gesamtzunahme der Beschäftigung in diesem Zeitraum auf Leder-, Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie und 31,6% auf die verschiedenen Zweige der Eisen- und Metallindustrie, im Jahre 1954 hingegen waren es 21,2% und 41,2%.

Die Kurzarbeit ist in den letzten Monaten leicht gestiegen. Während aber Ende 1953 13 Betriebe mit 3.905 Arbeitskräften in Kurzarbeit standen, waren es Ende 1954 nur noch 4 Betriebe mit 578 Beschäftigten. Von diesen entfielen 410 allein auf das Aluminiumwerk Ranshofen, das aus Strommangel im Winter nicht mit voller Kapazität arbeitet. In der Textil-

industrie hat die Kurzarbeit weiter abgenommen und beschränkt sich nunmehr auf 2 Betriebe mit 151 Beschäftigten.

Die Zahl der vorgemerkten *Stellensuchenden* stieg im November um 21.900 (23·0%) auf 117.100, im Dezember um 60.500 (51·7%) auf 177.500. Ende 1954 gab es um 66.500 (27·2%) weniger vorgemerkte Stellensuchende als im Jahre 1953, aber noch immer um 25.300 (16·6%) mehr als im Jahre 1951. Nur in Wien wurde mit 49.800 im Dezember erstmals sogar der niedrige Stand des Jahres 1951 (um 1.100) unterschritten. Die Rate der Arbeitslosigkeit stieg im Dezember von 5·4% auf 8·2% (im Vorjahre von 8·0% auf 11·5%). Im Jahresdurchschnitt gab es um 19.800 vorgemerkte Stellensuchende weniger als im Jahre 1953, aber noch um 47.200 mehr als 1951.

Während im Jahre 1953 die Arbeitslosigkeit von ihrem niedrigsten Stand im September bis Jahresende um 114.800 zunahm, stieg sie im Jahre 1954 nur um 85.700, um ungefähr ebensoviel wie im IV. Quartal 1951. Die Entwicklung war aber nur bei den Männern weit günstiger als im Vorjahr. Trotz der geringeren Zunahme der Stellensuchenden in den Textil- und Bekleidungsberufen und der anhaltend hohen Nachfrage nach Angestellten im Handel, hat die Frauenarbeitslosigkeit im IV. Quartal ebenso stark zugenommen wie im IV. Quartal 1953. Im Dezember stieg sie sogar stärker als im Dezember 1953, obwohl die saisonbedingte Abnahme der Arbeitslosigkeit unter den Gaststättenarbeitern mit 1.270 heuer besonders stark war¹⁾ und eine Entlastung des Arbeitsmarktes für Frauen erwarten ließ. In Salzburg, Tirol und Vorarlberg ist die Frauenarbeitslosigkeit im Dezember auch leicht zurückgegangen. Während zu Jahresende die Zahl der arbeitslosen Männer mit 105.600 um 59.700 (36·1%) niedriger war als zu Jah-

resbeginn, ist jene der arbeitslosen Frauen nur um 6.800 (8·7%) auf 71.900 gesunken.

Die größere Zunahme der Arbeitslosigkeit unter den Frauen dürfte zum Teil auf stärkere Anmeldungen stellensuchender Arbeitskräfte aus der Land- und Forstwirtschaft zurückzuführen sein. Seit Ende November liegt die Zahl der stellensuchenden Land- und Forstarbeiter über dem Vorjahresniveau. Die Einbeziehung eines Teiles der Landarbeiter in die Arbeitslosenversicherung dürfte zu erhöhten Vormerkungen bei den Arbeitsämtern geführt haben²⁾.

Die relativ gute Entwicklung der Arbeitslosigkeit unter den Männern ist weiterhin vor allem der anhaltend hohen Beschäftigung in der Bauwirtschaft und der Metallindustrie zu verdanken. Die Bauwirtschaft entließ im letzten Quartal um fast ein Drittel weniger Arbeitskräfte als im IV. Quartal 1953 — obwohl auch damals sehr gutes Bauwetter herrschte — und sogar etwas weniger als im IV. Quartal 1951. Neue technische Verfahren des Winterbauens (Rohbauverschalung, Einblasen von Heißluft und andere Beheizungsanlagen) werden heuer stärker als früher angewendet. Ende Dezember war die Zahl der stellensuchenden Bauarbeiter mit 51.300 um 30.400 (37·2%) geringer als zu Jahresbeginn und nur um 800 größer als Ende 1951. Die Zahl der stellensuchenden Baufacharbeiter sank sogar etwas (um 400) unter den relativ niedrigen Stand von 1951. Die Arbeitslosigkeit unter den Eisen- und Metallarbeitern hat von Beginn 1954 bis Jahresende um mehr als die Hälfte abgenommen und liegt mit 10.600 nur noch um 1.000 über dem Stand von Ende 1951.

Das Angebot an offenen Stellen war zu Jahresende mit 10.600 um 61% höher als zu Jahresbeginn

²⁾ Die stärkere statistische Erfassung dieser Arbeitslosen mag auch dazu beigetragen haben, daß der Rückgang des Arbeitskräfteangebotes im Dezember besonders gering war.

Die vorgemerkten Stellensuchenden im IV. Quartal in den Jahren 1951, 1953 und 1954

	1951		1953		1954 ¹⁾	
	Veränderungen im IV. Quartal	Stand am Ende d. J.	Veränderungen im IV. Quartal	Stand am Ende d. J.	Veränderungen im IV. Quartal	Stand am Ende d. J.
Bauarbeiter	+ 46.576	50.505	+ 65.447	81.724	+ 44.729	51.300
davon Baufacharbeiter	+ 28.342	29.523	+ 40.153	45.323	+ 27.215	29.109
Bauhilfsarbeiter	+ 18.234	20.982	+ 25.294	36.401	+ 17.514	22.191
Metallarbeiter		9.645	+ 4.328	21.179	+ 2.359	10.612
Holzarbeiter	+ 2.548	3.592	+ 4.782	9.519	+ 3.037	5.390
Textilarbeiter	+ 1.002	3.041	+ 2.054	9.242	+ 1.753	7.772
Bekleidungsarbeiter	+ 3.673	8.447	+ 4.462	15.956	+ 2.029	9.910
Gastgewerbliche Arbeiter	+ 2.468	6.470	+ 4.393	10.206	+ 4.354	9.956
Hilfsarbeiter wechselnder Art		11.805	+ 2.846	15.201	+ 1.724	13.366
Übrige			+ 26.488	80.987	+ 25.754	69.225
Männer	+ 71.203	100.905	+ 96.773	165.255	+ 67.810	105.601
Frauen	+ 12.790	51.349	+ 18.027	78.759	+ 17.929	71.930
Zusammen	+ 83.993	152.254	+114.800	244.014	+ 85.739	177.531
Ohne Bauarbeiter	+ 37.417	101.749	+ 49.353	162.290	+ 41.010	126.231

und nur geringfügig (um 3%) niedriger als Ende 1951.

Die Zahl der stellensuchenden Jugendlichen (ohne Lehrstellenbewerber), die im September und Oktober leicht zurückgegangen war, hat im November wieder zugenommen. Die Zunahme (+ 385) war jedoch viel geringer als im November 1953 (+ 647) und ist zweifellos, ebenso wie damals, nur saisonbedingt.

Die Zahl der sofort verfügbaren *Lehrstellenbewerber* ist hingegen im November weiter stark gesunken, und zwar sowohl bei den Knaben als auch bei den Mädchen. Seit Juni konnten in jedem Monat, außer Oktober, mehr Lehrstellen mit Hilfe der Arbeitsämter besetzt werden als im Vorjahr; 25.788 (gegen 23.446 im Jahre 1953) von Knaben, 9.280 (gegen 8.941) von Mädchen. Trotzdem gab es Ende November noch 5.215 sofort verfügbare Lehrstellenbewerber und 6.117 Lehrstellenbewerberinnen, um 447 und 1.603 mehr als Ende November 1953.

Über die *Durchführung des Jugendeinstellungsgesetzes* liegen zwei Meldungen des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vor. Im Februar 1954 waren 20.500 Betriebe mit 814.300 Beschäftigten, im August 1954 22.200 Betriebe mit 982.000 Beschäftigten verpflichtet, Jugendliche oder ihnen gleichgestellte Absolventen mittlerer oder höherer Lehranstalten einzustellen. Die Zahl der einstellungspflichtigen Betriebe und ihrer Arbeitnehmer stieg von Februar bis August infolge der Saison- und Konjunkturbelebung. Im Februar hätten die erfaßten Betriebe 47.300, im August 53.800 Pflichtstellen besetzen sollen. Ein Teil der Betriebe ist der Einstellungspflicht nicht nachgekommen. Im Februar blieben 12.200 oder 25,8% der Pflichtstellen unbesetzt, im August 9.200 oder 17,1%. Der Anteil der nicht besetzten Pflichtstellen dürfte hauptsächlich zurückgegangen sein, weil sich die Beschäftigungslage besserte. Zum Teil mag aber auch ein gewisser Zeitraum zum „Einspielen“ des Gesetzes notwendig gewesen sein. Die Erhöhung der ursprünglich im Gesetz vorgesehenen Ausgleichsgebühr von 75 S monatlich für jede nicht besetzte Pflichtstelle auf das Doppelte wird vermutlich einen weiteren Rückgang der unbesetzten Pflichtstellen zur Folge haben, dem allerdings die Änderung der Richtzahlen für Betriebe mit über 300 Beschäftigten, die im Herbst erfolgte, etwas entgegenwirken dürfte. 1,0% der Pflichtstellen im Februar und 1,3% im August konnten nicht besetzt werden, da den Arbeitsämtern geeignete Bewerber nicht zur Verfügung standen.

Während ein Teil der Betriebe Pflichtstellen unbesetzt ließ, hat ein anderer viel mehr Jugendliche

beschäftigt, als vorgeschrieben war. Insgesamt waren in den erfaßten Betrieben 59.200 und 83.300 Jugendliche und Gleichgestellte zu den genannten Zeitpunkten tätig, um 11.900 (25,3%) und 29.500 (54,7%) mehr, als der Gesamtzahl der Pflichtstellen entsprach. Am 1. März war allerdings in 10 von 24 Wirtschaftszweigen die Zahl der Einstellungen noch bedeutend niedriger als die „Pflichtzahl“, am 1. September war dies nur noch in der Rechts- und Wirtschaftsberatung der Fall. Besonders in jenen Betriebsklassen, in denen die Mitarbeit von Jugendlichen, sei es als Lehrlinge, sei es als Hilfsarbeiter, üblich ist, beschäftigten die Unternehmer viel mehr Jugendliche (und ihnen Gleichgestellte), als sie verpflichtet gewesen wären; in der Eisen- und Metallindustrie und in der Bekleidungsindustrie etwa doppelt so viel.

Am 1. Februar 1954 waren nach den Angaben des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger in Österreich 99.800¹⁾ Jugendliche beschäftigt, das ist um 14.800 mehr als ein Jahr vorher. Diese Erhöhung der Jugendbeschäftigung dürfte überwiegend dem Jugendeinstellungsgesetz zu verdanken sein. Sollte seither die Beschäftigung von Jugendlichen in den einstellungspflichtigen Betrieben bedeutend stärker gestiegen sein als in den übrigen²⁾, so wird man darin eine weitere Auswirkung des Jugendeinstellungsgesetzes erblicken können. Sollte dies hingegen nicht der Fall sein, so wird man sie, ebenso wie die Erhöhung der Beschäftigung von Erwachsenen, zur Gänze dem allgemeinen Wirtschaftsaufschwung zuschreiben müssen.

Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Die Verkehrsleistungen im *Güterverkehr* der Bundesbahnen waren im Monat November nahezu gleich hoch wie im Oktober, obwohl der Berichtsmonat einen Arbeitstag weniger hatte. Es wurden 185.088 Wagen gestellt (188.872 im Oktober) und 637,7 Mill. netto-t-km (631,8) geleistet. Die arbeits-tägliche Verladetätigkeit übertraf mit 7.404 gestellten Wagen alle bisherigen Nachkriegsleistungen. Der Wagenbedarf war insbesondere für Zuckerrüben sowie für Kohle und Koks sehr hoch, während er für Baustoffe und Nahrungsmittel gegenüber Oktober stärker zurückging.

¹⁾ Sieht man von der geringen Änderung der Beschäftigung, die im Laufe des Februar eintrat, ab, so entfallen auf die in einstellungspflichtigen Betrieben beschäftigten Jugendlichen (ohne Gleichgestellte) 58,3% der Gesamtzahl.

²⁾ Die Gesamtzahl der unselbständig beschäftigten Jugendlichen wurde zuletzt für den 1. Oktober erhoben, dürfte aber erst im Frühjahr vorliegen.

Wagenstellungen nach Güterarten

(Voll- und Schmalspur)

	November 1954	Veränderung in %		Arbeitsstag gegen Vormonat
		Monatsergebnis Vorjahr	Vormonat	
Insgesamt	185.088	+ 7,5	- 2,0	+ 1,9
Kohle, Koks.....	25.878	+15,6	+ 3,2	+ 7,3
Holz.....	17.706	- 2,8	- 4,1	- 0,3
Baustoffe	21.513	+11,5	-20,5	-17,3
Eisen	10.553	+13,2	- 2,3	+ 1,7
Papier	5.583	- 1,1	- 2,0	+ 1,8
Erze	7.424	- 2,5	+ 0,9	+ 4,9
Kpnsdünger	3.236	+37,2	+ 1,7	+ 5,7
Nahrungsmittel	10.419	- 9,7	-17,5	-14,2
Stückgut.....	26.844	+ 3,5	- 1,8	+ 2,2
Sampekgut.....	5.014	+11,4	- 1,6	+ 2,6
Zuckerrüben	22.139	+53,5	+38,0	+43,6
Andere.....	28.779	- 7,1	- 4,5	- 0,7

Im Vergleich zum November 1953 lagen die Wagenstellungen um 7,5% und die geleisteten *netto-t-km* um 10% höher. Es stiegen vor allem die Transporte von Kohle, Baustoffen, Eisen und Zuckerrüben. Die Verfrachtung von Holz, Papier und Erzen war etwas geringer.

Die Wagenlage war während des ganzen Monats sehr angespannt, so daß auch abstellungsreife Schadwagen weiter verwendet werden mußten. Außerdem forderten einige Bahnverwaltungen der Oststaaten für Transite durch Österreich Wagen an, denen möglichst entsprochen wurde. So wurden 330 Wagen für Bauxitsendungen von Jugoslawien nach Westdeutschland und 100 Wagen für Maistransporte von der ČSR nach der Schweiz ausgeliehen. Leider konnte bei weitem nicht allen Anforderungen entsprochen werden. Auch für Importe nach Österreich mußten den Nachbarverwaltungen 650 Wagen abgegeben werden. Der Gesamtbedarf an Güterwagen konnte demzufolge nur zu 90,5% gedeckt werden, bei einer Wagenumlaufzeit von 5,3 Tagen.

Der *Personenverkehr* der ÖBB nahm saisonüblich leicht ab. Mit 4,89 Mill. verkauften Karten entsprach das Ergebnis nahezu der Novemberleistung 1953 (4,93 Mill.).

Im Güterverkehr über die atlantischen *Seehäfen* wurden die bisherigen Seehafentarife mit Deutschland (DÖS, DÖSDU), Belgien (BÖS) und den Niederlanden (NÖS) mit Wirkung vom 1. Jänner 1955 neu erstellt. Die zwischen 2% bis 15% liegenden Erhöhungen der Frachtsätze sind eine Folge der veränderten deutschen Transittarifsätze sowie der Erhöhung der Frachtsätze im Verkehr mit Triest (ÖTÜ) vom 1. April 1954. Obwohl der Seehafenzweckverband zwischen den atlantischen und adriatischen Seehäfen *de jure* nicht mehr existiert, halten die Nordseehäfen bzw. die Deutsche Bundesbahn doch nach wie vor die seinerzeit vereinbarte Frachtsatzspanne von 10 bis

15% zugunsten von Triest ein, um einen Tarifikampf zu vermeiden. Da die Seehafentarife mit Holland und Belgien auf dem mit Deutschland (DÖS) basieren, vermehrt um einen Aufschlag von 18 scms für 100 kg¹⁾, ist letztlich auch für diese Tarife der Seehafentarif Österreichs mit Triest frachtsatzbildend. Wenn auch Österreich, langfristig gesehen, an einem ruinösen Tarifikampf zwischen den Seehäfen nicht interessiert ist, da sich die Konkurrenten schließlich doch, und zwar auf Kosten Österreichs einigen würden²⁾, so entbehrt andererseits die neuerliche Tarifbildung auf der Frachtbasis „Triest“ jeder wirtschaftlichen Begründung³⁾. Für die – infolge der Binnenlage Österreichs – besonders frachtempfindliche österreichische Übersee-Exportwirtschaft bedeutet diese Bindung der Tarife an eine Seehafenrelation eine Minderung ihrer Konkurrenzfähigkeit. Es wäre zu prüfen, wie weit durch die Benützung des Elbe- und Donauweges sowie jugoslawischer und polnischer Häfen dieser Tarifpolitik begegnet werden könnte.

Mit Wirkung vom 1. Jänner 1955 trat die neue Eisenbahnverkehrsordnung (EVO) in Kraft, die an Stelle der bisher geltenden deutschen EVO tritt. Sie bringt eine Reihe transportrechtlicher Veränderungen, meist zugunsten der Bahnbenützer, wodurch sich auch die Stellung der ÖBB im Konkurrenzkampf mit dem Straßenverkehr verbessert. Im Personenverkehr wird das „Recht“ auf einen Sitzplatz (gegebenenfalls kostenloser Übergang in eine höhere Wagenklasse), die unter bestimmten Umständen gewährte Entschädigung bei Zugverspätungen (Anschlußzüge) sicher werbend wirken.

Im *Straßenverkehr* stieg der Überland-Linienverkehr von Bahn und Post im Monat November gegenüber Oktober um rund 500.000 auf 7,84 Mill. beförderte Personen, obwohl ein saisonal bedingter Rückgang zu erwarten gewesen wäre. Das Ergebnis liegt auch um 10% über dem Vergleichsmonat 1953, während in den Monaten vorher die Frequenz fast

¹⁾ Dieser Aufschlag ist eine Vergeltungsmaßnahme Deutschlands gegen die Diskriminierung der deutschen Nordseehäfen durch die Beneluxhäfen bezüglich der atlantischen Frachtsätze (Rangezuschläge).

²⁾ Eine Einigung, durch die man dann meist die Verluste, die durch den vorherigen Tarifikampf entstanden sind, wieder auszugleichen versucht.

³⁾ Diese Tarifbildung wird besonders widersinnig, wenn von österreichischen Versandstationen, die nahe der deutsch-österreichischen Grenze liegen, nach den atlantischen Häfen höhere Frachtsätze bezahlt werden müssen, weil sich die Fracht nach Triest, sei es durch eine Erhöhung der österreichischen Binnentarife oder der italienischen Transittarifsätze erhöht, obwohl das Gut fast ausschließlich über Strecken befördert wird, auf denen grundsätzlich keine Tarifänderung stattgefunden hat.

durchwegs schwächer war als 1953. Der private Linienverkehr lag im Oktober (Novemberdaten fehlen noch) mit 2'96 Mill. beförderten Personen um 6% über dem Vorjahresergebnis.

Die gute Beschäftigungslage im Güterverkehr auf der Straße hielt auch im November noch an.

Auf Grund einer Vereinbarung mit den westeuropäischen OEEC-Staaten wird im Jahre 1955 auch in Österreich eine Straßenverkehrszählung durchgeführt¹⁾.

Die Zählung, die am 23. Jänner beginnt, hat infolge des Fehlens einer Straßenverkehrsstatistik für die österreichische Straßen- und Verkehrsplanung große Bedeutung. Außerdem wird sie einen internationalen Vergleich ermöglichen, da in den westlichen OEEC-Staaten nach der gleichen Methode und zum gleichen Zeitpunkt Erhebungen durchgeführt werden.

Im *Schiffsverkehr* auf der Donau wurden im November 266.292 t befördert, gegen 190.000 t im November 1953; allerdings war im Vergleichsmonat die Schifffahrt teilweise durch Niederwasser behindert. Die Relationen zwischen internationalem Verkehr, Binnen- bzw. Transitverkehr haben sich im Berichtsmonat gegenüber Oktober nur geringfügig geändert.

Schiffsverkehr auf der Donau

	Oktober	November	I.—XI. 1954 1.000 t	I.—XI. 1953 = 100
	in t			
Gesamt.....	262.447	266.292	2.271'0	89'6
Einfuhr	170.395	180.989	1.346'8	92'3
Ausfuhr	46.456	47.094	438'3	63'9
Inland.....	17.035	11.664	149'5	80'6
Transit	28.561	26.545	336'4	164'8
Hafenumschlag				
Linz	176.623	196.984	1.559'2	79'5
Wien.....	66.495	46.767	477'1	94'5
Waren ²⁾				
Kohle.....	133.233	148.541	1.187'0	93'7
Roheisen.....	13.657	13.546	145'6	34'5
Bleche.....	11.939	13.108	87'2	78'1
Mineralölprodukte ³⁾ ..	17.115	18.720	173'0	95'5
Andere.....	57.942	45.832	341'9	97'9

¹⁾ Ohne Transit. — ²⁾ Benzin, Gasöl, Heizöl.

Der Schiffsverkehr auf der unteren Donau durch die DDSG war auch im November sehr schwach. Eine entscheidende Änderung wird erst eintreten, wenn in den Handelsverträgen mit den Oststaaten entspre-

¹⁾ Die Erhebung wird an 1.300 Zählstellen an 15 Tagen von 6 bis 22 Uhr und in 7 Nächten erfolgen. An 50 Spezialzählstellen werden Fahrzeugkategorie, Herkunft des Fahrzeuges nach Bundesländern und Ausland sowie Fahrtrichtung erhoben, an den sogenannten Hauptstellen werden die Fahrzeuge nach der Herkunft aus dem betreffenden Bundesland, den übrigen Bundesländern und dem Ausland gezählt und an den Nebenstellen wird nur mehr die Fahrzeugkategorie erfaßt.

chende Transportbedingungen festgelegt werden, d. h. auf cif abgestellte Lieferungsverträge, oder wenn das Transportgut nach einem Quotensystem aufgeteilt wird, wie dies zwischen DDSG und Bayernloyd der Fall ist.

Der *Flugverkehr* sank saisonüblich auf 6.225 beförderte Personen (Oktober: 7.715), war jedoch um 26'6% stärker als im November 1953. Auf die Flughäfen in den westlichen Bundesländern entfielen nur 192 Passagiere.

Der *Fremdenverkehr* schloß im November mit 568.412 Übernachtungen ab, von denen 129.254 auf Ausländer entfielen. Dies sind 6% und 18% mehr als im November 1953. Im grenzüberschreitenden Einreiseverkehr wurden 332.238 Personen gezählt, um 32% mehr als 1953.

Die Deviseneinnahmen aus dem Reiseverkehr betragen 62'5 Mill. S und lagen damit um 46% über dem Stand von 1953. Die Ausgänge waren mit 21'2 Mill. S um 60% höher. Der Saldo belief sich auf 41'3 Mill. S gegen 29'7 Mill. S im November 1953.

Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Die seit Sommer 1954 steigende Tendenz der Einfuhr hielt auch im November an. Da gleichzeitig die Ausfuhr leicht zurückging, hat sich der Einfuhrüberschuß weiter erhöht, und zwar um 161 Mill. S auf 395 Mill. S.

Die *Einfuhr* stieg um 128 Mill. S auf 1.758 Mill. S und übertraf damit den Höchstwert des Vormonats um 8%. Die Zunahme ist jedoch geringer als im Vormonat (18%). Der Vorsprung gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, der sich seit Juni ständig vergrößert hatte, ist ebenfalls etwas kleiner geworden. Das Einfuhrvolumen lag um 73% über dem Durchschnitt von 1953.

Die Einfuhr Juni—November 1954 im Vergleich zum Vorjahr

	Prozentuelle Zunahme im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat
Juni.....	15'2
Juli.....	28'3
August.....	28'6
September.....	39'4
Oktober.....	49'3
November.....	39'2

Die hohen Importe gehen auf die lebhaftere Binnenkonjunktur und die Liberalisierung zurück. Auch die Einfuhr von Nahrungsmitteln hielt das hohe Niveau des Vormonats.

Der steigende Importbedarf der heimischen Produktion ist vor allem bei der Einfuhr von Brennstoffen (+ 43 Mill. S), Maschinen und Apparaten

(+ 23 Mill. S) sowie Metallen (+ 32 Mill. S) zu erkennen. Allerdings war die Zunahme der Brennstoffimporte auch saisonbedingt, Maschinen wurden außerdem infolge der Bestimmungen des Investitionsbegünstigungsgesetzes mehr nachgefragt und Metalle wurden zum Teil nicht nur für die laufende Produktion, sondern auch zur Auffüllung der Lager eingekauft.

Die Liberalisierung machte sich bei der Einfuhr von Fertigwaren bemerkbar, die (ohne Maschinen und Apparate) um 41 Mill. S stieg. Neben Autos, optischen Instrumenten, Geweben und anderen Waren, die bereits in den vergangenen Monaten in größeren Mengen eingeführt worden waren, stieg nun auch die Einfuhr verschiedener Konsumgüter, wie Taschnerwaren, Kleider und Schuhe. Die Einfuhr war zwar absolut noch immer gering, die Zunahme jedoch war beachtlich. Vielfach hat das Weihnachtsgeschäft die Importe gefördert.

Einfuhr einiger Konsumfertigwaren

	Möbel	Taschner- waren	Kleidung	Schuhe
	Mill. S			
I. Halbjahr 1954				
(Monatsdurchschnitt)	494	3	1.694	94
Juli	801	13	2.159	146
August	721	7	1.442	85
September	816	24	1.860	331
Oktober	859	18	2.923	193
November	1.102	58	5.050	790

Obwohl die Getreideeinfuhren beträchtlich (um 56 Mill. S) niedriger waren als im Oktober, wurden insgesamt annähernd ebenso viele Nahrungsmittel importiert. Mit Ausnahme von Getreide ist die Einfuhr von fast allen Nahrungsmitteln gestiegen; insbesondere jene von lebenden Tieren und Fleisch, die um 17 Mill. S höher war als im Vormonat und um 37 Mill. S höher als im Durchschnitt der Monate Jänner–Oktober. Die Viehimporte kamen zu gleichen Teilen aus Ungarn und Jugoslawien, Fleisch vor allem aus Dänemark, Holland und Ungarn. Ferner wurden viel mehr Molkereierzeugnisse, Schmalz, Fische, Obst und Gemüse und aus handelspolitischen Gründen größere Mengen Zucker eingeführt.

Besonders stark stieg wieder die Einfuhr aus Westdeutschland. Sie war mit 688 Mill. S mehr als fünfmal so groß wie die des zweitwichtigsten Liefer-

landes (Großbritannien). Aus Italien und der Schweiz, die im November an dritter und vierter Stelle standen, wurde etwas weniger als im Vormonat bezogen; hingegen nahmen die Importe aus Holland merklich zu und kamen nahe an die 100-Millionen-Grenze. Auch die Einfuhr aus Ungarn, die schon im Oktober stark zugenommen hatte, stieg neuerlich und erreichte 83 Mill. S. Davon waren jedoch nur Waren im Werte von 60 Mill. S ungarischer Herkunft. Ungarn scheint (wie auch andere Oststaaten) eine Vermittlerrolle zu übernehmen.

Die *Ausfuhr* sank im November, obwohl saisonmäßig eher eine leichte Zunahme zu erwarten gewesen wäre, um 33 Mill. S auf 1.363 Mill. S und war damit auch niedriger als im September 1954 und im Dezember 1953. Das Ausfuhrvolumen ging dagegen nur wenig zurück, nämlich um 2 Punkte auf 187 (1937 = 100), womit es noch immer hinter dem Oktoberstand an zweiter Stelle steht.

Vor allem gingen die Exporte von Fertigwaren zurück. Ihr Wert sank um 29 Mill. S und ihr Anteil am Export von 45% auf 44% (November 1953: 46%). Unter anderem wurden weniger Glaswaren (-10 Mill. S), Textilien und Bekleidung (-11 Mill. S), Metallwaren (-7 Mill. S), aber auch weniger Papier und Papierwaren (-5 Mill. S) exportiert, nachdem der Papierexport seit Beginn 1954 ständig gestiegen war. Ferner machte sich bereits die Drosselung der Holzausfuhr bemerkbar. Sie sank um 17 Mill. S auf 265 Mill. S, den niedrigsten Stand seit März 1954, das ist um 14% weniger als im Zeitpunkt des höchsten Holzexportes (Juni 1954). Insgesamt war aber die Ausfuhr von Rohstoffen ungefähr gleich hoch wie im Vormonat, da andererseits mehr Zellwolle (+7 Mill. S), Zellulose (+6 Mill. S) und Magnesit (+4 Mill. S) exportiert werden konnte. Auch der Export von Investitionsgütern hielt sich im November auf der Höhe des Vormonats.

Der *Einfuhrüberschuß* von 395 Mill. S war der höchste seit Juni 1952. Das „Defizit“ im kommerziellen Verkehr (ohne ERP-Lieferungen) war mit 382 Mill. S überhaupt das größte, das bisher verzeichnet wurde. Wenn man allerdings die Abwertung des Schillings berücksichtigt und den Außenhandel in Dollar berechnet, gab es im Jahre 1949 noch höhere Einfuhrüberschüsse.